

Extremismusbekämpfung – Ein Thema in Wahlprogrammen?

Zusammenfassung:

Der Artikel befasst sich mit den politischen Forderungen der großen deutschen Parteien im Rahmen der Bundestagswahlen, die im Zusammenhang mit der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung stehen. Dabei wurden die Bundestagswahlprogramme der CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PDS/DIE LINKE, und aus aktuellem Anlass auch der AfD, von 2002 bis 2017 danach untersucht, ob die Parteien innerhalb ihrer sicherheitspolitischen Programmatik eher mit präventiven Maßnahmen gegen Extremismus und Terror vorgehen, oder ob sie vorrangig mit repressiven Antworten, vor allem auf Einzelereignisse reagieren.

1. Einleitung

Nicht erst seit dem 11. September 2001 sind Diskussionen über Extremismus in Deutschland aufgeblüht. „Seit den frühen neunziger Jahren sind Gewalt und Extremismus weltweit zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt“ (Zwiener et al. 2003: 8). Schellenberg (2014: 15) schreibt: „Rechtsextremismus’ ist ein Dauerbrenner öffentlicher Debatten in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgelöst durch gewalttätige Übergriffe oder Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien steht das Thema in regelmäßigen Abständen auf der Agenda – um jedoch kurz danach wieder vergessen zu werden oder zumindest in den Hintergrund zu treten“.

Mit dem Artikel sollen die Wahlprogramme politischer Parteien in Deutschland beleuchtet werden, um zu sehen, wie dort über Themen, insbesondere Extremismus und Terrorismus diskutiert wird und welche Forderungen dazu aufgestellt werden. Herausgearbeitet werden soll, welche Ziele die Parteien verfolgen, ob sie etwa Extremismus und Terrorismus eher mit präventiven Maßnahmen begegnen oder ob sie vorrangig mit repressiven Antworten, vor allem auf Einzelereignisse reagieren wollen. Dabei ist auch von Interesse, inwieweit sich die Parteien an wissenschaftlichem Hintergrundwissen orientieren.

2. Funktion von Parteien und Wahlprogrammen

„Parteien haben die Funktion Interessen zu aggregieren und diese zu einem kohärenten Programm zusammenzufügen, in dem sie gesellschaftliche Probleme identifizieren und Lösungsvorschläge unterbreiten“ (zit. nach Merz/Regel: 210; s.a. Klingemann et al. 1994). In einer repräsentativen Demokratie stellen die Parteien jeweils vor der Wahl ihre politischen Vorhaben für die nächste Amtszeit vor, damit die potentiellen Wähler eine Entscheidung zwischen den unterschiedlichen „Politikpaketen“ (zit. nach Däubler 2012: 334) treffen können. Nach der Wahl werden die Wahlprogramme als Ausgangspunkt für die Koalitionsverhandlungen verwendet und fließen in das Handeln innerhalb von Partei und Regierung ein. Das Programm einer Partei spielt eine gewichtige Rolle für die Wahlentscheidung durch die potentiellen Wähler (ebd.: 334ff.). Wenn man davon ausgeht, dass viele Menschen das Wahlprogramm an sich gar nicht lesen, was möglicherweise der Unverständlichkeit und dem Umfang geschuldet ist, so erhalten sie doch Informationen aus den Medien, wo sich auch Politiker, insbesondere in der Hochsaison vor der Bundestagswahl, recht ausgiebig präsentieren. Jedoch vermeiden „Politiker [...] präzise Aussagen, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Politisch interessierte Wähler fühlen sich daher über die Programme unterrichtet, werden aber auf indirektem Weg maximal ‚pseudo-informiert‘. Daher ist es umso wichtiger, dass Bürger zumindest

die Möglichkeit haben, sich direkt über die Programme zu informieren und diese Informationen für ihre Wahlentscheidung zu verwenden“ (zit. nach Däubler 2012: 336f.; Mauer 2009).

3. Extremismus – Definition und Ursachen

Wie unterschiedlich die Definitionen von und der Umgang mit Extremismus sein kann, zeigt die politische Auseinandersetzung mit dem Thema im Fall Mügeln (Schellenberg 2014). In der Kleinstadt Mügeln in Sachsen gab es im August 2007 gewalttätige Ausschreitungen, die sich gegen Minderheiten, in diesem Fall vorwiegend gegen Inder, richteten. Im Anschluss an das Tatgeschehen verneinte der Bürgermeister der Stadt, dass es in Mügeln Probleme gäbe, ohne abzuwarten, welchen Aufschluss die Untersuchungsergebnisse bringen würden und die fremdenfeindlichen Aktionen zu resümieren. „Mügeln habe mit Rechtsextremismus nichts zu tun“ (ebd.: 80). Eine Beschäftigung mit den Problemen sowie eine Suche nach möglichen Ursachen fand nicht statt. Es wurde vornehmlich eine „Schuld- und Verlagerungsdebatte“ (ebd.: 111) geführt. Die sächsische Staatsregierung nutzte den Fall, um sich politisch zu profilieren und auf eine „Stärkung der Polizei und repressiver Mittel zur Bekämpfung von Gewalt und Extremismus“ (ebd.: 117) hinzuwirken. Andere Lösungen, wie „eine Stärkung bürgergesellschaftlichen Engagements, Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie Erziehung zu Demokratie und Toleranz [...] und für Migration“ (ebd.) wurden nur sehr vage in Betracht gezogen. Insgesamt sei „die Herangehensweise der Staatsregierung staatszentriert. Akteuren jenseits von Staatsregierung und Polizei wird kaum eine Rolle in der Bekämpfung des (Rechts-) Extremismus eingeräumt, eine finanzielle Aufstockung der Mittel für dieses Engagement wird nicht veranlasst“ (ebd.: 119).

Die für die Bearbeitung des Textes zugrunde liegenden Definitionen von Extremismus lauten wie folgt: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen...“ (Backes/Jesse 1993: 40). „Die Gemeinsamkeiten bestehen in der Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates. [...] Auf Basis der Akzeptanz dieser Minimalbedingungen können die unterschiedlichen politischen Ideen um gesellschaftliche Akzeptanz werben, während eine die Prinzipien gerichtete politische Bestrebung eine solche Möglichkeit aufheben würde. Alle Auffassungen, Handlungen und Organisationen in diesem Sinne gelten demnach als Erscheinungsformen des ‚Extremismus‘. Es handelt sich insofern um einen Abgrenzungsbegriff und eine Negativ-Definition“ (Pfahl-Traughber 2014: 17). Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass alles, was antidemokratisch ist auch gleichzeitig extremistisch ist, plädiert Backes (1989) für eine Positiv-Definition. „Angesprochen sind damit die Strukturmerkmale, die allen so unterschiedlichen Formen des gemeinten Phänomens eigen sind. Als solche benennt Backes offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus“ (zit. nach Pfahl-Traughber 2014: 18; vgl. Backes 1989: 298–311). Als Gemeinsamkeiten benennt Pfahl-Traughber (ebd.) „die formalen Eigenschaften ihrer Ideologie in der Frontstellung gegen die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates“.

Den Begriff „Terrorismus“ definiert Waldmann (2002: 11) so: „Terrorismus sind planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen. [...] Terrorismus ist, wie noch zu zeigen sein wird, eine bestimmte Art gewaltsamen Vorgehens gegen eine politische Ordnung. Die politische Dimension des Terrorismus unterstreicht zugleich seinen öffentlichen Charakter...“.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern und für Integration (StMI 2017) hat den Zusammenhang zwischen Extremismus und Terrorismus folgendermaßen zusammengefasst: „Extremismus zeigt sich in Einstellungen, Meinungen und Ideologien wie auch in politisch bestimmten, zielgerichteten Aktivitäten, bis hin zu terroristischen Anschlägen“. Jesse (2002) schreibt: „Wer politische Gewalt systematisch einsetzt, ist ein Terrorist“. Somit wird Terrorismus hier im weitesten Sinne als eine Unterform des Extremismus angesehen.

Als Ursachen für extremistische Einstellungen werden in der Literatur viele Möglichkeiten genannt. „Die Vielfalt der Erklärungsansätze reicht von Ursachen in der Kindheit bis zur Analyse des Einflusses der gesellschaftlichen Strukturen oder Kultur“ (Virchow et al. 2016: 103). Es werden drei wesentliche Bereiche unterschieden (ebd.): „Der mikro-soziale Bereich umfasst psychologisch relevante Faktoren, wie Persönlichkeitseigenschaften, Motive und Erfahrungen. Diese Faktoren sollten mit Blick auf die sozialen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen vor allem dann wirksam werden, wenn sie auch einen Einfluss im meso-sozialen Bereich haben. Damit ist der Bereich der sozialen Identitäten, der Sozialisation der Persönlichkeit zum Mitglied in Gesellschaft, der Gruppenbeziehungen und der sozialen personalen Beziehungen gemeint. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat hier eine Reihe von Faktoren identifiziert. Diese wiederum wirken sich besonders dann auf die Verfestigung von Einstellungsmustern aus, wenn sie auf förderliche Faktoren im makro-sozialen Bereich treffen“. Die Erklärungsfaktoren auf der individuellen Ebene können in einer geringeren Offenheit für Erfahrungen, einer stärkeren Neigung zu Vorurteilen, aber auch im Ausmaß der Empathie und Perspektivenübernahme liegen. Auch der Selbstwert und die Abwertung anderer spielen eine entscheidende Rolle. Auf der Ebene der sozialen Beziehungen werden die Erziehungsstile, Effekte von sozialen Netzwerken und das soziale Motiv des Vertrauens als Einflussfaktoren benannt. Integration in soziale Netzwerke wird als Schutzfaktor gesehen. Auf der Ebene der kulturellen und gesellschaftlichen Ursachen werden rechtsextreme Einstellungsmuster u.a. auf kulturelle Hegemonialitätsvorstellungen, ein hohes Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in einer Region und auf Krisen erzeugende Konflikte zurückgeführt. Auch Unzufriedenheit, ein geringes Einkommen und Arbeitslosigkeit können einen Einfluss auf extremistische Einstellungen haben (ebd.: 103 ff.). Zwiener et al. (2003: 15) schreiben: „Gewaltige soziale Unterschiede, krasse Armut, Mangel an Bildung und Information bilden gefährliche Grundlagen für Extremismus und Terrorismus“.

4. Methodisches Vorgehen

Der Artikel beruht auf den Ergebnissen einer Abschlussarbeit (Schübler 2014), die sich mit dem Umgang politischer Parteien mit dem Thema Kriminalität befasst. Dafür wurden die Bundestagswahlprogramme der großen deutschen Parteien, also der CDU, SPD und FDP danach untersucht, was die jeweiligen Akteure zu kriminalitätsrelevanten Themen fordern. Die Programme wurden unter Anwendung der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse, insbesondere der skalierenden Strukturierung nach Mayring (2010), systematisch nach Aussagen zum Thema Kriminalität untersucht, Kategorien zugeordnet und nach ihrem Ausmaß an Punitivität bewertet. Die Ergebnisse wurden später ergänzt um die Wahlprogramme des Jahres 2017 und der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und AfD von 2002 bis 2017.

„Punitivität“ ist ein komplexes Konstrukt, dessen methodische Erfassung entsprechend schwierig ist (Kury et al. 2004). Der Begriff wird vielfach mit „Strafbedürfnis“, Einstellung zu Sanktionen oder Sanktionsstruktur der Gerichte umschrieben, wobei in den letzten Jahren teilweise von einer „Straflust“ gesprochen wird (vgl. Sack 2004; Hassemer 2009). Er wird häufig in Verbindung mit Gesetzes- bzw. Strafverschärfungen gebracht, diese befinden sich nach Lautmann et al. (2004a: 3) „auf dem Vormarsch“. In Anlehnung an die Definition des

Begriffs „Punitivität“ durch Lautmann et al. (2004b) kann man im parteipolitischen Umgang mit Rechtsextremismus und Terrorismus von hoher Punitivität ausgehen, wenn:

- die Lösungen vorwiegend repressiver Art und auf Sanktionen ausgerichtet sind
- Verbote z. B. der entsprechenden Parteien gefordert werden
- härtere Gesetze zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus eingeführt werden sollen
- eine Ausweitung der Überwachungsmaßnahmen gefordert wird
- keine Auseinandersetzung mit den Hintergründen und Ursachen von Extremismus und Terrorismus stattfindet und keine gesellschaftliche Verantwortung übernommen wird

Der Umgang mit Rechtsextremismus und Terrorismus ist von geringer Punitivität, wenn:

- die Lösungen vorwiegend präventiver und konfliktfreier Art und nicht auf Sanktionen bzw. Bestrafung ausgerichtet sind
- eine Entkriminalisierung von Fehlverhalten stattfindet
- gesellschaftliche Hintergründe und Ursachen für Extremismus und Terrorismus diskutiert werden und die Gesellschaft mit in der Verantwortung gesehen wird
- die Ursachen in die Lösungsfindung einbezogen werden
- Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme (auch finanziell) gefördert werden

Von mittlerer Punitivität wird ausgegangen, wenn sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen vorgeschlagen und diskutiert werden.

5. Extremismusbekämpfung in den Bundestagswahlprogrammen

Mit Blick auf die Bundestagswahlprogramme der CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und AfD von 2002 bis 2017 zeigen sich folgende Ergebnisse:

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)/ Christlich Soziale Union (CSU)

In ihrem Wahlprogramm 2002 schreibt die CDU: „Alle Menschen in Deutschland sollen sich vor Kriminalität und Terror sicher fühlen können“ (CDU 2002: 45). „Extremismus; Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (wolle man) konsequent entgegenreten“ (ebd.: 47). Die CDU fordert, „gegen jede Gewalttat die ganze Härte des Gesetzes – unabhängig von den Parolen, die Gewalttäter grölen“ (ebd.). „Weltweit verbreitete Bilder von Aufmärschen extremistischer Gruppen beispielsweise am Brandenburger Tor schaden dem Ansehen unseres Landes“ (ebd.: f.). Man wolle daher „eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeibehörden fördern“. „Schutz vor Gewalt und Kriminalität (sei) eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (ebd.: 48). Polizei und Justiz sollen dementsprechend ausgestattet werden und „ihre Befugnisse (sollen sich) den gewachsenen Bedrohungen anpassen“ (ebd.). Extremistische Organisationen in Deutschland „müssen wirksamer überwacht und gegebenenfalls verboten werden“ (ebd.), dazu wolle man das Vereinsgesetz ändern. Die CDU will, „dass an Treffpunkten terroristischer und krimineller Gruppen mit modernster akustischer und optischer Technik aufgeklärt werden kann“ (ebd.: f.). Hier zeigt sich deutlich, dass nicht nach den Ursachen extremistischen Verhaltens gesucht wird, sondern lediglich „aufgeklärt“ werden soll. Bestraft werden soll die „Aufforderung zu Gewalt und Propaganda für religiös motivierten Fanatismus“ (ebd.: 49). Ausländer, die „einer gewaltbereiten extremistischen Organisation angehören“ (ebd.) sollen schneller ausgewiesen werden. „Ausländische Extremisten müssen konsequent von Deutschland ferngehalten werden“ (ebd.), dazu soll ein umfassender Austausch zwischen den Behörden geschaffen und „die Regelanfrage bei Verfassungsschutz und Nachrichtendienst vor jeder Einbürgerung oder Erteilung eines dauerhaften Aufenthaltsrechts“ vorgeschrieben werden. Der biometrische Fingerabdruck soll eingeführt werden (ebd.). Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 soll das Bundesamt für Zivilschutz wieder eröffnet werden

und „ein umfassendes Aufklärungs-, Präventions- und Schutzkonzept gegen Angriffe mit chemischen und biologischen Waffen“ (ebd.) vorgelegt werden. Das Bündnis mit den Partnern in Europa und weltweit soll Sicherheit und Freiheit bieten (ebd.: 64). Es wird darauf hingewiesen, dass die „hochtechnisierte freie Welt [...] Angriffsziel weltweit operierender Terroristen“ (ebd.: 67) sei. „Im Bündnis gegen den Terror seit dem 11. September 2001 (will man die) bewährte strategische Partnerschaft mit Russland aktiv gestalten“ (ebd.: 69) und „grenzüberschreitende Kontakte fördern“. In der Bundeswehr sind „Zur Abwehr der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus [...] mehr Antiterrorereinheiten, Gebirgs- und Fallschirmjäger notwendig“ (ebd.: 70f.). Die Entwicklungspolitik soll verstärkt auf die Terrorismusprävention ausgerichtet werden: „Die Entwicklungspolitik muss ‚Zonen der Ordnungslosigkeit‘ entgegenwirken, die von terroristischen Netzwerken als Rückzugsräume missbraucht werden könnten“ (ebd.: 72). Der Terminus „Zonen der Ordnungslosigkeit“ erinnert stark an die Broken-Windows-Theorie von Wilson/Kelling (1982), die zeigte, dass durch Unordnung eine Spirale der Kriminalisierung in Gang gesetzt wurde, aber die Ursachen für Kriminalität nicht angegangen wurden. Die Verantwortung wird nur beim Täter, nicht in gesellschaftlichen Prozessen verankert. Dies bestätigt u.a. die Annahme, dass die CDU in ihrem Wahlprogramm vorwiegend hoch punitive Vorschläge macht und Prävention nur eine marginale Rolle spielt bzw. diese nicht definiert wird.

Auch im Wahlprogramm der CDU 2005 wird auf die Anschläge des 11. September 2001 eingegangen. Sie hätten gezeigt, „in welchem Ausmaß auch Europa vom islamistischen Terror bedroht wird“ (CDU 2005: 31). Dazu schreibt die CDU weiter: „Alle Menschen in Deutschland sollen vor Terror, Kriminalität und Vandalismus geschützt sein“ (ebd.). Als Lösung wird vorgeschlagen, dass „bestehende Gesetzeslücken rasch geschlossen und Schwächen in der Organisationsstruktur der Sicherheitsbehörden beseitigt werden (müssen)“ (ebd.). Der Einsatz der Bundeswehr soll bei Terror zugelassen werden (ebd.: f.). Als Maßnahmen wird vorgeschlagen „Anti-Terror-Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten (zu) schaffen, schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern ein(zu)führen, die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen unter Strafe (zu) stellen, effektive Kronzeugenregelungen (zu) ermöglichen, die Erhebung und Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten (zu) verbessern, eine Visa-Warndatei ein(zu)führen, die Fachaufsicht für Visa-Erteilungen in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums (zu) überführen und ausländische Straftäter konsequent ab(zu)schieben“ (ebd.). Die „Handlungsfähigkeit des Bundes bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ (ebd.: 33) soll gestärkt werden. In der transatlantischen Zusammenarbeit wird eine „Lösung von internationalen Konflikten und beim Kampf gegen internationalen Terrorismus“ (ebd.: 37f.) gesehen. Auch in ihrem Programm 2002 macht die CDU hauptsächlich hoch punitive Vorschläge, indem Gesetzesanpassungen und Verschärfungen zulasten der Freiheit gefordert werden.

In ihrem Wahlprogramm 2009 merkt die CDU an, dass Terrorismus und organisierte Kriminalität zu den größten, neuen Bedrohungen gehören würden (CDU 2009: 78). „Der Umfang rechtsextremistischer Straftaten (sei) zunehmend besorgniserregend“ (ebd.: 82). Deutschland sei „Teil eines weltweiten Gefahrenraums“ (ebd.: 78). Der „Einsatz der Bundeswehr im Innern [...] sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren (müsse) möglich sein“ (ebd.), dafür wolle man „klare Rechtsgrundlagen schaffen“. Um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verstärken, soll die Polizei sichtbar eingesetzt werden (ebd.: 79). „Um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Kriminalität, Gewalt und Terror zu erzielen, muss die Polizei personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, handlungsfähig sein“ (ebd.). Die gesellschaftliche Verantwortung und Prävention werden angesprochen, indem man „gedeihliches Zusammenleben fördern und Sozialverträglichkeit stärken (will)“ (ebd.: f.). Wenn sich „so viele Menschen wie möglich dieser Gesellschaft zu-

gehörig fühlen“ (ebd.), würden weniger Menschen in Gewalt und Extremismus abrutschen. Daher würde die CDU „Angebote stärken, die bereits im Vorfeld Gewalt- und Kriminalitätskarrieren oder das Abgleiten in Extremismus verhindern. Unsere Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützt mit einer breit angelegten Förderung vielfältige Initiativen. Dies ist entscheidend für eine lebendige Demokratie, ein friedliches Zusammenleben und damit letztlich auch für die Vorbeugung von Straftaten“ (ebd.). Ein genauer Plan wird hier nicht vorgestellt. Das Ausweisungsrecht für kriminelle Ausländer und Terrorismusverdächtige soll vereinfacht und verschärft werden (ebd.: 81): „Ein neuer Ausweisungstatbestand soll für massiv integrationsfeindliches Verhalten geschaffen werden“. Um der Gefahr, dass „Terrorgruppen Täter einschleusen“ (ebd.) zu begegnen, hält die CDU „eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten“ (ebd.). Die CDU will „Extremisten aller Art entschlossen entgegen(treten). Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen. Hysterie und Vorverurteilung sind ebenso falsche Reaktionen wie Ignoranz und Verharmlosung. Wir stehen für eine konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten. Wir dulden keine Zusammenarbeit mit Extremisten. Vielmehr muss der Schutz unseres Grundgesetzes demokratischer Konsens sein. CDU und CSU unterstützen weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz“ (ebd.). Die Aussage verdeutlicht, dass der CDU eher daran gelegen ist, mit repressiven Mitteln gegen Extremismus vorzugehen, als in den Diskurs mit den Verantwortlichen zu gehen. Nichtsdestotrotz sei es ein erklärtes Ziel der CDU, „die Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen zu beheben“ (ebd.). Um die „Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts“ (ebd.) zu verhindern, sei „langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention“ sowie die „Stärkung der Bürgergesellschaft“ nötig, bürgerschaftliche Projekte und Ausstiegsprogramme sollen gefördert werden. Inwiefern hier die Gesellschaft mit in die Verantwortung bei der Sozialisierung extremistischer Einstellungen gezogen wird, ist nicht erkennbar. Im Programm wird nun weiter der Linksextremismus thematisiert und dass die Gefahr in der Öffentlichkeit unterschätzt würde, hier hält man weiter „an der Beobachtung der extremistischen Strukturen in der Partei ‚DIE LINKE‘ durch den Verfassungsschutz fest“ (ebd.). Hinsichtlich des Extremismus islamistischer Gruppen wird die CDU „für eine konsequentere Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern und Webseiten sorgen“ (ebd.). Der öffentliche Raum dürfe kein „Raum der Gewalt“ (ebd.: f.) sein. „Gegenüber gewaltbereiten Chaoten darf es keine Deeskalationsstrategie des Staates geben, die dazu führt, dass die Gesundheit unserer Polizeibeamten auf unverantwortliche Weise aufs Spiel gesetzt wird“ (ebd.). „Die beste Prävention gegen extremistische Ideologien ist die Stärkung der Demokratie. Deshalb müssen wir die politische Bildung, die schulische Bildung und die gesellschaftliche Aufklärung über alle Formen des Extremismus verstärken. Wir werden uns dafür einsetzen, der Extremismusbekämpfung und der Vermittlung demokratischer Werte und Streitkultur in (der) Arbeit der Zentralen für politische Bildung ein weiterer Raum gegeben wird“ (ebd.: 83). Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen soll erschwert werden, auch um eine Weitergabe an Terroristen zu verhindern (ebd.: 86f.). Um zu verhindern, dass Terror auf andere Teile der Welt ausstrahlt, werden militärische Sicherheitspräsenz und ziviler Ausbau gefordert (ebd.: 87). Alles in allem werden im Programm 2009 repressive und präventive Maßnahmen angeboten. Es wird ein ubiquitäres Bild von Extremismus gezeichnet.

Die CDU (2013: 6) zeigt bereits zu Beginn ihres Wahlprogramms 2013, was ihr wichtig ist, indem sie fordert: „Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause, in Straßen, auf Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder bei Nacht ebenso wie auch angesichts der Gefahren, die zum Beispiel mit dem islamistischen Terrorismus

verbunden sind. Wir stehen für Rahmenbedingungen, die es unseren Sicherheitskräften ermöglichen, diese Gefahr weiterhin bestmöglich zu bekämpfen“. Es wird ein Ausbau der Videoüberwachung vorgeschlagen. Im Kampf gegen Terroristen seien „Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten“ (ebd.: 71) notwendig, da diese „ein entscheidendes Mittel (seien), um Anschläge verhindern zu können“. Auch hier dürfte, wie schon im Programm 2009 (CDU 2009: 81), die wehrhafte Demokratie „auf keinem Auge blind sein“ (CDU 2013: 71). Der Kampf gegen Extremismus sei „eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Die beste Vorbeugung ist die Erziehung zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Demokratie. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder verteidigt werden. Erziehung und Bildung kommen dabei eine besondere Verantwortung zu. Die politische Bildung und das Geschichtsbewusstsein werden wir daher stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein. Vorbeugende Projekte werden wir weiterhin gezielt unterstützen und darauf achten, dass erfolgreiche Ansätze nachhaltig umgesetzt werden. Aussteigerprogramme für Extremisten bauen wir weiter aus“ (ebd.). Länder und Kommunen sollen vor Ort gestärkt werden: „Dazu gehört die Beratung im Umgang mit Verfassungsfeinden in kommunalen Gremien, Einrichtungen oder örtlichen Strukturen. Wichtige Partner sind hierbei vor allem Vereine und Verbände, insbesondere Jugendverbände, u. a. des Sports, der Feuerwehr, der Kirchen, der Religionsgemeinschaften und der Wohlfahrtspflege. CDU und CSU werden weiterhin dafür sorgen, dass öffentliche Gelder zur Extremismusbekämpfung nur an Einrichtungen vergeben werden, die sich zu Freiheit und Demokratie bekennen“ (ebd.). Die „Schlagkraft der Sicherheitsbehörden“ soll durch Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz in einem gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum gestärkt werden (ebd.). Zur „Gefahrenabwehr und Strafverfolgung“ werden eine Anti-Terror-Datei und eine Rechtsextremismus-Datei als „unverzichtbare Mittel für den schnellen Informationsaustausch zwischen den Sicherheits- und den Verfassungsschutzbehörden“ (ebd.: f.) sowie der Einsatz „sogenannter V-Leute“ gefordert. Man setzt sich dafür ein, „dass gegen jede Form von extremistischen und terroristischen Bestrebungen alle verfassungs- und vereinsrechtlichen Mittel, wie etwa Vereinsverbote, konsequent genutzt werden. Für ausländische Straftäter wollen wir das Ausweisungsrecht verschärfen. Wer religiösen Hass predigt oder Gewalt zur Durchsetzung seiner religiösen Ziele anwendet, missachtet unsere Grundwerte und muss damit rechnen, ausgewiesen zu werden“ (ebd.). Da sich die Herausforderungen stetig ändern, „gilt es, Angemessenheit und Wirksamkeit der bestehenden Mittel fortwährend zu prüfen“ (ebd.), hier könnte man annehmen, dass die Maßnahmen nach wissenschaftlichen Kriterien begutachtet werden. „Das Werben um Sympathie für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung bereitet den Nährboden für terroristische Gewalt“ (ebd.: 72) und soll daher unter Strafe gestellt werden. Wie schon im Programm 2009 (S. 86f.) soll „die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere ihre Weitergabe an Terroristen“ (CDU 2013: 76f.) verhindert werden. In der Gesamtschau werden im Programm der CDU 2013 vorwiegend repressive, aber auch präventive Maßnahmen, wie Erziehung und Bildung, angeboten.

In ihrem aktuellen Wahlprogramm 2017 schreibt die CDU (2017: 6f.): „Nur ein handlungsfähiger Staat kann für Freiheit und Sicherheit sorgen“. Wir seien „Teil der internationalen Allianz im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus...“ (ebd.). Für einen starken Staat müsse die Sicherheit erhöht sowie Verbrechen und Terror bekämpft werden (ebd.: 59). Unter Sicherheit versteht die CDU u.a. „Sicherheit vor islamistischem Terrorismus, der auf unschuldige Menschen und Kinder zielt“ (ebd.), in diesem Zusammenhang wird betont, dass rechtsfreie Räume nicht geduldet werden. Mit „Anti-Terror-Paketen [seien] unsere Sicherheitsbehörden gestärkt (worden)“ (ebd.: 60), man habe „eine neue, robuste Anti-Terroreinheit der Bundespolizei aufgestellt“. Zwischen den einzelnen Bundesländern dürfe es „keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben“ (ebd.), daher würde man „ein gemeinsames Musterpolizeigesetz für alle

Bundesländer erarbeiten“. Vom Fall Amri wird auf eine terroristische Bedrohung in ganz Deutschland geschlossen, „die weit über den Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Bundeslandes hinausgeh(e)“ (ebd.: 61). Die Bundeswehr soll in „besonderen Gefährdungslagen“ (ebd.) die Polizei unterstützen. Die Arbeit des BND und die Zusammenarbeit mit anderen Diensten weltweit sei unerlässlich (ebd.: 62). Eine Ursachenbekämpfung des internationalen Terrors wird angesprochen, indem sich auf den Marshall-Plan mit Afrika berufen wird (ebd.: 66): „Millionen Menschen leben in den ärmsten Ländern dieser Welt, oftmals konkret bedroht durch Klimawandel, Bürgerkriege, schlechte Regierungen oder Terror. Diesen Menschen zu helfen – auch in Kooperation mit der EU – und ihnen bessere Perspektiven in ihrer Heimat zu ermöglichen, ist ein Gebot der Humanität. Es liegt aber auch in unserem Interesse, Hunger, Krankheit und Not zu bekämpfen, denn sie führen oft zu Terror und Krieg und damit zu Flucht und Vertreibung“. In Deutschland dürfe „kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein“ (ebd.: 70). Von allen Menschen wird „die Achtung des Grundgesetzes und der Gesetze (gefordert). Hiervon wird es auch künftig keine Ausnahmen geben“ (ebd.). „Wer unsere demokratische Grundordnung bekämpft, das Existenzrecht Israels ablehnt, den inneren Frieden gefährdet oder gegen Recht und Gesetz verstößt, muss mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates rechnen“ (ebd.), die Leitkultur sei „eine ungeschriebene Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in Deutschland. Deshalb treten Staat, Politik und Gesellschaft, für sie ein und fördern sie“ (ebd.). Er-sichtlich wird, dass die CDU vor allem mit repressiven Mitteln gegen Extremismus vorgehen will und mit harten Antworten auf Einzelereignisse, wie im Fall Amri reagiert. Von Prävention ist allenfalls in der Entwicklungspolitik die Rede, dort wird jedoch nicht konkretisiert, wie der Inhalt aussehen könnte. Ein Diskurs über Extremismus und seine Ursachen wird allenfalls im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik geführt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Im Wahlprogramm der SPD 2002 macht man schon zu Beginn auf „die schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001“ (SPD 2002: 10) aufmerksam. Um Gewalt zu stoppen und Terrorismus zu bekämpfen, sei der Einsatz der Bundeswehr legitim. Man schlägt eine „Friedenspolitik, die Konflikte vorbeugt und Krieg verhindert“ (ebd.) vor. Im Kampf gegen Extremismus soll der Staat die Aufgaben, „Regeln zu setzen und im Wandel und durch den Wandel Sicherheit zu gewährleisten“ (ebd.) umsetzen, es wird sich für ein Verbot des Rechtsextremismus eingesetzt. Deutschland solle seiner internationalen Verantwortung gerecht werden (ebd.: 13f.), man setzt auf Prävention, Abrüstung und Friedenspolitik (ebd.: 14f.). „Sicherheit vor Gewalt und Willkür ist die Grundlage einer jeden freiheitlichen Gesellschaft. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen, Gewalt und Extremismus ist eine zentrale Aufgabe unseres Rechtsstaats. Nur wer entschlossen gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgeht, kann Freiheit und Demokratie garantieren. Für uns Sozialdemokraten ist auch Sicherheit ein Bürgerrecht“ (ebd.: 59). Interessant wäre hier zu erfahren, wie gegen die Ursachen von Kriminalität vorgegangen werden soll. Als weitere Lösungen im Umgang mit Rechtsextremismus werden „der Aufbau eines Expertenteams gegen Terrorismus“ (ebd.: 61) sowie die internationale Zusammenarbeit gesehen. Der 11. September hätte „in erschreckender Weise gezeigt, dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ein neues und umfassendes Sicherheitsmanagement erfordert. Deshalb haben wir sofort und umfassend reagiert. Der Sicherheitsbereich wurde im Jahr 2002 um über 350 Millionen € und 2.320 zusätzliche Kräfte aufgestockt“ (ebd.: 62). Weitere Maßnahmen nach diesem Einzelereignis waren die Verstärkung der Grenzkontrollen, neue Sicherheitsmerkmale in Pässen und Ausweisen, eine gesetzliche Regelung der Aufnahme biometrischer Daten, der Ausbau des Zivilschutzes und der Notfallkoordination, ein besserer Informationsfluss zwischen Bund, Ländern und auch europaweit sowie öffentliche Warnsysteme und eine Zentralstelle für bioterroristische Gefahren (ebd.). Ange-

merkt sei hier, dass trotz dieses umfassenden Ausbaus nach 2001 die Anschläge auf Charlie Hebdo, Paris, Nizza, London und dem Berliner Weihnachtsmarkt stattfanden (vgl. a. R+V-Studie 2017). Abschließend schreibt die SPD (2002: 67f.), dass man dem Rassismus den Kampf angesagt habe, „wir streben das Verbot rechtsextremistischer Organisationen an, die mit ihren Parolen und ihren Taten Intoleranz verbreiten“. Man begrüße hier „die breite Unterstützung – gerade von Jugendlichen und ihren Verbänden – im Vorgehen gegen Rassismus und Extremismus und förder(e) sie mit den entsprechenden Programmen“ (ebd.). Auf der einen Seite setzt sich die SPD für Prävention und Friedenspolitik ein. Genaue Angaben, wie die präventiven Maßnahmen aussehen sollen, werden nur unzureichend gemacht. Von hoher Punitivität zeugt die Forderung nach einem Verbot rechtsextremer Parteien sowie die spontanen, freiheitseinschränkenden Reaktionen auf den 11. September 2001.

2005 schreibt die SPD in ihrem Wahlprogramm (SPD 2005: 50): „Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für die deutsche Demokratie – widerlich, aber nicht zu unterschätzen. Die SPD wird bei Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte“. Konkret benennt die SPD präventive Maßnahmen in Form von „Projekte(n) und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren“ (ebd.), dafür wolle man 19 Mio. Euro zur Verfügung stellen. „Wir werden weiterhin konsequent gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter vorgehen. Repressive Maßnahmen können und werden die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht ersetzen, unterstreichen aber, dass die wehrhafte Demokratie dem Missbrauch der Freiheit durch die Feinde der Freiheit entschieden entgegentritt. Für Gewalt, rechtsextremes Gedankengut sowie Intoleranz und Missachtung gegenüber Minderheiten ist in Deutschland kein Platz! Der Rechtsextremismus in Deutschland lebt von einer Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Leugnung seiner Gräueltaten. Wir müssen die jungen Menschen über diese Zusammenhänge aufklären. Dazu ist die Verstärkung der politischen Bildung in allen Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen notwendig. Die Zerschlagung der politischen Bildung durch die CDU in den Ländern muss gestoppt werden“ (ebd.). Zur Terrorismusbekämpfung soll weiter die Steuerungs- und Koordinierungskompetenz des Bundes gestärkt werden (ebd.: 51). Innere Sicherheit würde nicht an unseren Grenzen enden: „Die terroristischen Verbrechen vom 11. September 2001 vergessen wir nicht – sie sind auch eine Mahnung, solchen Gefahren entschlossen zu begegnen. Gemeinsam mit unseren Freunden werden wir auch in Zukunft auf diese Dimensionen des internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen schnell und wirkungsvoll reagieren, möglichst präventiv, wo nötig repressiv“ (ebd.: 52). Auch hier werden sowohl präventive als auch repressive Maßnahmen gefordert.

Schon zu Beginn ihres Wahlprogramms (SPD 2009: 7) wird auf Terror und Extremismus aufmerksam gemacht: „Vor 60 Jahren wurde nach dem furchtbaren Terror der Nazis und dem Krieg, der von Deutschland ausging und der Europa verwüstete, auch unser Land neu aufgebaut. Mit dem Grundgesetz haben wir eine demokratische Verfassung, die ein lebendiges, forderndes und humanes Fundament unseres Zusammenlebens ist. Das Grundgesetz bestimmt die Prinzipien unseres Zusammenlebens. Dahinter darf niemand zurück“. „Der Kampf gegen Terror (sei) wichtig. Trotzdem dürfen dabei Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzt werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit“ (ebd.: 69). Die SPD führt aus, dass man „die Voraussetzungen für eine effektive Terrorismusbekämpfung in allen staatlichen Bereichen kontinuierlich verbessert“ (ebd.: 71) habe. Damit ist gemeint, dass die Sicherheitsbehörden gesetzliche Befugnisse, eine bessere personelle und technische Ausstattung erhalten haben, und dass die Behörden auf nationaler, europaweiter und internationaler Ebene nun besser koordiniert werden (ebd.). Um die Freiheitsrechte der Bürger zu schützen, wurden „die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden klar begrenzt und an enge Voraussetzungen geknüpft“ (ebd.). Die Gesetze, „die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den in-

ternationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen“ (ebd.). Auch hier kann man annehmen, dass die Gesetze nach wissenschaftlichen Kriterien geprüft werden. Die SPD beruft sich auf das Grundgesetz im Zusammenleben in unserer Gesellschaft und lehnt eine Leitkulturdebatte ab, da sie „mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar“ sei (ebd.: 79). Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird als „eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft“ (ebd.) angesehen. Rechtsextremismus wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, die alle Generationen betrifft. In der Auseinandersetzung damit verfolgt die SPD „einen vielfältigen Ansatz: Von einer Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schule, Jugendarbeit und Bildungsarbeit über arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden bis hin zu besonderen Aktivitäten für Städte und Stadtteile, in denen vermehrt Rechtsextreme auftreten. Im politischen Diskurs dulden wir keine rassistischen oder antisemitischen Parolen und Stereotype“ (ebd.: 81). Man sieht die Rechtsextremismus-Prävention „nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln (ebd.). Hier zeigt sich, dass die SPD wieder zu ihrem sozialen Gedanken zurückkommt und bei der Bearbeitung des Themas Extremismus auf langfristige Projekte baut. Die Beratungsangebote für (potentielle) Opfer sollen ausgebaut und die Vernetzung und Unterstützung der in der Rechtsextremismus-Arbeit Tätigen verbessert werden (ebd.). Nichtsdestotrotz wird ein Verbot der NPD angestrebt, da sie „den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist“ (ebd.). Einer drohenden Aufrüstung möchte die SPD eine Entspannungspolitik, in Form ziviler Krisenprävention und zivilen Konfliktmanagements entgegensetzen, dazu brauche es mehr Dialog (ebd.: 89). „Der internationale Terrorismus muss wirksam bekämpft werden, dem Mythos vom Kampf der Kulturen wollen wir aber ebenso deutlich entgegengetreten“ (ebd.). Um Afghanistan „nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen“ (ebd.: 91) werden zu lassen, müsse man einen „zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz“ verfolgen, den Dialog und Bildung fördern, andererseits aber auch einen zivil-militärischen Ansatz in Betracht ziehen. Zusammenfassend wird festgestellt, dass die SPD in ihrem Programm 2009 sowohl präventive als auch repressive Ansätze verfolgt. Einerseits sollen Freiheitsrechte gewahrt bleiben, andererseits werden Befugnisse der Sicherheitsbehörden erweitert. Bis auf die Forderung nach einem Verbot der NPD, sieht die SPD den Umgang mit Rechtsextremismus vorwiegend auf dem präventiven Weg.

In ihrem Wahlprogramm 2013 schreibt die SPD (2013: 99): „Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben“. Man wolle die „Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen“ (ebd.) und setzt dabei auf Bildung, Jugendarbeit und den Arbeitsmarkt. Weiter geht man auf den Fall der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU ein und sieht darin einen Angriff auf die Demokratie. Um wieder Vertrauen in die Sicherheitsbehörden herzustellen, wird eine „rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, durch institutionelle Reformen und dadurch, dass wir jede Form von Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen“ (ebd.: 101) gefordert, man werde sich „dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden“. Der Ver-

fassungsschutz soll reformiert und transparenter werden, wo nötig sollen neue Kompetenzen geschaffen werden (ebd.). Auch in diesem Programm will die SPD sich, wie schon 2002 und 2009, für ein Verbot der NPD einsetzen, da sie „antisemitisch und fremdenfeindlich (sei) und [...] das Parteienprivileg unserer Verfassung (missbrauche). Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird“ (ebd.). Die Zivilgesellschaft soll gestärkt werden (ebd.): „Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken. Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft“. Wie bereits 2009 soll eine langfristige Förderung der Projekte gewährleistet werden. „Die groteske ‚Extremismusklausel‘ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet (ebd.: 102). Alles in allem setzt die SPD vorwiegend auf Prävention und führt aus, was darunter zu verstehen ist. Man spricht sich für ein Verbot der NPD aus.

Die SPD macht in ihrem aktuellen Wahlprogramm (SPD 2017: 8) darauf aufmerksam, dass der Kampf gegen internationalen Terrorismus in einer „gemeinsam(en) Verantwortung für den Frieden in der Welt“ liegt. Dialog zwischen den Völkern „würde zu mehr globaler Sicherheit führen“ (ebd.). Man setzt sich „für ein Recht auf anonymes bargeldloses Bezahlen unter Berücksichtigung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen beispielsweise [...] zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus ein“ (ebd.: 37). Terroristische und extremistische Bewegungen werden als „eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie (gesehen). Deshalb werden wir konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Terror und extremistische Gewalt vorgehen. Dafür haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Jetzt kommt es auf die konsequente Umsetzung der Gesetze an“ (ebd.: 68). Zur Terrorabwehr wird ein „Dreiklang aus Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe“ (ebd.: 70) vorgeschlagen, wobei anzumerken ist, dass „Repression“ hier als erstes in der Aufzählung genannt wird. Es wird „eine stärkere Koordinierung in Deutschland und Europa“ (ebd.) gefordert. Wo es „notwendig“ ist, sollen die Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt verschärft werden. „Erst im Zusammenspiel von Kriminalitätsvorbeugung, Deradikalisierung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit“ (ebd.). Damit Kriminelle und Terroristen nicht in die EU gelangen, wird gefordert „die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums (zu) verstärken und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv um(zu)setzen. Darüber hinaus wollen wir die Luftsicherheit und die Kontrollen an Flughäfen verbessern und dafür auch strukturell verändern“ (ebd.), Europol und Frontex sollen stärker in die Terrorismusbekämpfung einbezogen werden. Es wird ein „Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene, in dem ein Austausch aller Sicherheitsbehörden stattfindet“ (ebd.) gefordert. Gegenüber Hasspredigern soll eine „Null-Toleranz-Politik“ (ebd.) durchgesetzt werden. Die SPD räumt ein, dass fundamentale Islamisten sich auch hier in Deutschland radikalieren, daher wolle man „extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden“ (ebd.). Mit den „vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden“ wolle man weiter zusammenarbeiten (ebd.: 71). Mit der Stärkung der guten Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort wolle man frühzeitig dafür sorgen, „dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren“ (ebd.). Im Kampf gegen den Rechtsextremismus schreibt die SPD (2017: 71): „Rechtsextremistische Übergriffe

und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Damit wird Angst und Schrecken verbreitet bei den bedrohten Menschengruppen. Auch von rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen geht eine terroristische Gefahr aus, der wir entschlossen begegnen werden“. Als Erkenntnis aus dem NSU-Verfahren müssten Sicherheitsbehörden „besonders sensibel auf antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Einstellungen in den eigenen Reihen reagieren“ (ebd.), dies gelte auch für die Bundeswehr. „Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund (sollen) in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet (werden)“ (ebd.). Neben der Strafverfolgung soll die Präventionsarbeit ausgeweitet werden, dafür wurden die Mittel in den letzten Jahren verdreifacht. Dazu gehöre auch die Deradikalisierung. In einem „Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention (sollen) die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig (gesichert werden)“ (ebd.). Darüber hinaus sollen die Empfehlungen eines unabhängigen Expertenkreises in die Präventionsarbeit einbezogen werden. Wie schon im Programm der SPD 2013, soll der Verfassungsschutz durch mehr Transparenz und Kontrolle reformiert und dabei die aktuellen Gefährdungslagen berücksichtigt werden (SPD 2017: 71f.). „Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden“ (ebd.: 73). Extremismusprävention wird auch in der Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden, in Sprachkursen und der Vermittlung unserer Werte (ebd.: 76) sowie in der Aufklärungs- und Bildungsarbeit (ebd.: 88) gesehen. Aus präventiven Gründen wird islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache befürwortet (ebd.). Auch eine Erinnerungskultur, also „Erinnerung und Gedenken (seien) zentrale Aufgaben einer offenen und modernen Gesellschaft“ (ebd.: 91). Am Ende des Programms werden noch mögliche Ursachen des Terrorismus, wie „Wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf gegen Hunger und Elend [...] und die Verbesserung der Lebensbedingungen“ (ebd.: 106; s.a. 109) angesprochen, zu diesem Zweck wolle man für „zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung“ (ebd.) sorgen. Eine weltweite Zusammenarbeit wird im Kampf gegen den internationalen Terrorismus als wichtig erachtet. „Sicherheit und Frieden werden künftig stärker von uns selbst abhängen“ (ebd.: 107). Die SPD schreibt, dass es in unserem Interesse sein sollte, „dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls (in Syrien und im Jemen) durchbrochen wird“ (ebd.: f.). Auch hier will man langfristige Strukturen etablieren. Von palästinensischer Seite wird „die Ächtung des Terrors“ gefordert (ebd.: 108). Auffallend ist, dass die SPD in der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus mal repressive Maßnahmen als erstes benennt, dann wieder präventive, wie Vorbeugung und die Stärkung der Zivilgesellschaft. In der Entwicklungspolitik werden vielfältige Ursachen benannt, die zu radikalen Mustern führen können und an denen angesetzt werden soll.

Die Freie Demokratische Partei (FDP)

In ihrem Bundestagswahlprogramm (FDP 2002: 57) wägt die FDP zwischen Sicherheit und Freiheit ab. Spontane Gesetzesänderungen nach Bedrohungsakten werden abgelehnt. „Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung darf nicht der ‚gläserne Bürger‘ geschaffen werden. Dem Bürger muss die Möglichkeit eingeräumt werden, staatliches Handeln, das ihn betrifft, zu kontrollieren“ (ebd.: 55). Sicherheit sei „kein Selbstzweck, sondern Durchsetzung der Rechtsordnung zur Sicherung der Freiheit. Es ist zwar richtig, dass Freiheit ohne Sicherheit nicht möglich ist. Das bedeutet aber nicht, dass eine Gesellschaft um so freier wäre, je intensiver ihre Bürger überwacht, kontrolliert und beobachtet werden. Die FDP lehnt die immer wiederkehrende Reaktion der Politik ab, bei Bedrohung von Freiheit und Sicherheit durch Kriminalität und Terror möglichst schnell immer neue, spektakuläre und umfangreiche Gesetze zu erlassen. Dieser Aktionismus erreicht wenig oder nichts“ (ebd.: 57). „Die aufgrund der Ereignisse vom 11. September 2001 verabschiedeten Gesetze müssen anhand dieser Maßstäbe überprüft und gegebenenfalls angepasst, eingeschränkt oder teilweise auch wieder

rückgängig gemacht werden“ (ebd.). Die FDP merkt an, dass der „Umfang extremistischer Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland [...] Besorgnis erregend (sei)“ (ebd.: 59), es werden präventive Angebote vorgeschlagen, dafür sollen jährlich 130 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Für die Bekämpfung von Kriminalität und Terror soll die internationale Zusammenarbeit verbessert werden (ebd.: 57) und es wird eine gut ausgerüstete Bundeswehr vorgeschlagen (ebd.: 87f.). Auf der einen Seite ist der FDP die Freiheit der Bürger sehr wichtig, man lehnt vorschnelle Reaktionen auf Bedrohungsakte ab. Auf der anderen Seite wird der Extremismus in Deutschland als „Besorgnis erregend“ dargestellt, ohne weiter darauf einzugehen, woran dies festgemacht wird. Eine Lösung sieht die FDP in der Prävention, die klar formuliert, im Rahmen von „Projekte(n) zur Förderung der kommunalen Jugendarbeit, insbesondere für politische Bildung, soziales Engagement und für kulturelle Arbeit in nichtstaatlichen Organisationen“ (ebd.: 59) stattfinden soll.

Die FDP macht in ihrem Wahlprogramm 2005 darauf aufmerksam, dass ein „Datenaustausch, der für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus notwendig erscheint, [...] bereits heute auf rechtsstaatlich geregelter Basis möglich (sei)“ (FDP 2005: 32). Auch in diesem Programm wird eine Verbesserung der Zusammenarbeit in der EU gefordert, um internationalem Terrorismus und Kriminalität zu begegnen. Eine Lösung wird in einem „freien und friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen in einer weiter zusammenwachsenden Welt“ (ebd.: 47) gesehen. Im Kampf gegen den Terrorismus wird nach konzeptionellen Lösungen gesucht. „Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus kann nicht nur mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Er verlangt ein enges, abgestimmtes und vor allem multilaterales Zusammenwirken mit Partnern weltweit. Drohungen und militärische Sanktionen – mit UN-Legitimation – dürfen dabei nur allerletztes Mittel sein. Der Schwerpunkt muß auf der Förderung von Freiheit, Entwicklung und Wohlstand, Demokratie und Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, sowie dem Dialog der Kulturen und Religionen in der ganzen Welt liegen. Denn nur so kann dem Terrorismus langfristig der Nährboden entzogen werden“ (ebd.: 48). Die FDP legitimiert auf der einen Seite militärische Mittel „als allerletztes Mittel“ im Kampf gegen den Terrorismus, bringt aber auch präventive Lösungen wie den „Dialog der Kulturen und Religionen in der ganzen Welt“ (ebd.) ein. Extremismus in Deutschland wird nicht thematisiert.

Die FDP fordert in ihrem darauffolgenden Wahlprogramm (FDP 2009: 28), dass der Terrorismus „mit allen Mitteln des Rechtsstaates“ bekämpft werden soll. Dies habe „aber immer im Einklang mit den Grundrechten der Bürger zu stehen. Die Menschenwürde verletzende Verhörmethoden, die Anwendung von Folter, die gezielte Ermordung von potentiellen Terroristen oder auch der Abschuss unschuldiger Menschen in einem entführten Flugzeug (seien) mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren. Ein Sonderrecht für Terrorismusbekämpfung [dürfe] es nicht geben“ (ebd.). Die Einführung eines „Feindstrafrechts“ wird abgelehnt. Weiter schreibt die FDP, die „Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet“ (ebd.), damit bezieht man sich auf den Links- und Rechtsextremismus. Demokratische Parteien müssten ein gutes Vorbild sein, um die Freiheit und Demokratie zu stärken. Man fordert, dass „Politische Kontroversen [...] nicht populistisch verpackt werden, genauso wenig wie Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft befördert werden dürfen“ (ebd.: 29). Um Extremismus zu bekämpfen, wird eine Drei-Säulen-Strategie vorgeschlagen: „eine Intensivierung der Programme für den Ausstieg gewaltbereiter und gefährdeter Jugendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden“ (ebd.). Auch Antisemitismus sei „konsequent zu bekämpfen“ (ebd.). Der „Islamismus als politisch motivierte Ideologie (lehne) Demokratie, Marktwirtschaft, Pluralismus und Menschenrechte ab“ (ebd.), daher sei er „weder

mit dem Grundgesetz noch mit den Überzeugungen der FDP vereinbar“. Die FDP fordert in diesem Zusammenhang ein entschiedenes Entgegenreten, auch zur Stärkung von prodemokratischen und religiösen Organisationen und Individuen (ebd.). Militärische Sanktionen sollen wie schon 2005 nur allerletztes Mittel sein (ebd.: 73). Vor allen Dingen wolle man ihm (Anm.: dem Terrorismus) die Grundlagen entziehen, damit meint man die „Unterstützung in enttäuschten Teilen der Gesellschaft“ (ebd.). Hier wird ein langfristiger Ansatz gefordert, der auf präventive und repressive Aspekte schließen lässt und sowohl die Außen- und Entwicklungspolitik sowie Maßnahmen der Polizei und des Militärs einschließt. Auch hier soll die Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eingesetzt werden und dahingehend ausgestattet werden (ebd.).

In ihrem Programm 2013 betont die FDP, dass man „mehr individuelle Freiheit“ (FDP 2013: 55) durch „die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Rechtspolitik“ (ebd.) geschaffen habe. Die „in Reaktion auf den 11. September 2001 erlassenen Anti-Terror-Gesetze wurden entschärft und mit rechtsstaatlichen Kontrollen versehen“ (ebd.), die Bürgerrechte seien durch Gesetze gestärkt worden. Die FDP lehnt neue Sicherheitsgesetze ab, man habe allerdings „bei der Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit durchgesetzt“ (ebd.: 58). Ziel sei es, „den Menschen in Deutschland mehr Freiräume zu schaffen“ (ebd.). Jedoch müsse „eine wehrhafte Demokratie [...] gegen alle extremistischen Bedrohungen gewappnet (sein)“ (ebd.: 59). Zur konsequenten Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus wird der „Ausbau und eine stärkere Koordinierung von Deradikalisierungsprogrammen“ (ebd.) vorgeschlagen. „Eingriffe in die Bürgerrechte [...] müssen stets neu begründet werden und verhältnismäßig sein“ (ebd.). Die „geltenden Sicherheitsgesetze (will man) fortlaufend auf ihre Angemessenheit überprüfen“ (ebd.). Extremismusprävention sei „ein zentraler Baustein für die wehrhafte Demokratie“ (ebd.: 60), um „die Menschen gegen extremistisches Gedankengut und gegen mit unserer Verfassung unvereinbare Ideologien zu immunisieren. Diese Programme sind regelmäßig zu evaluieren“. Hier wird ein kriminologisch-wissenschaftliches Vorgehen angesprochen. Um die Jugendlichen zu sensibilisieren, soll im Geschichtsunterricht an die beiden deutschen Diktaturen erinnert und dadurch die demokratische Kultur gestärkt werden (ebd.). Terrorismus soll als globale Aufgabe mit den Partnern auf der ganzen Welt „im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung“ (ebd.: 86) und „global und vernetzt“ bewältigt werden (ebd.: 91). Die FDP setzt sich „für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und Folter“ (ebd.: 89) ein. „Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus heiligt der Zweck nicht die Mittel; sie darf nicht mit einer Einschränkung menschenrechtlicher Standards einhergehen. Wir wenden uns daher gegen jegliche Versuche, im Namen von Terrorismusbekämpfung fundamentale Menschenrechte einzuschränken“ (ebd.). Man hält, ähnlich wie 2009, an der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ (ebd.: 91) fest. Der Fokus läge auf Abrüstung und einer „zivil ausgerichtete(n) Präventionspolitik“ (ebd.). Abschließend werden Ursachen für einen religiösen Extremismus benannt, wie „Unfreiheit, Armut und Chancenlosigkeit“ (ebd.). Man wolle den Menschen weltweit „mehr Chancen für das eigene Leben eröffnen“ und damit dazu beitragen, „Konflikte an der Wurzel zu bekämpfen“ und einen „Beitrag zu mehr Stabilität und zu dauerhaftem Frieden“ (ebd.) zu leisten. Das Programm der FDP 2013 beinhaltet vorwiegend präventive Lösungen.

Gleich zu Beginn ihres Wahlprogramms (FDP 2017: 1) macht die FDP darauf aufmerksam, dass man sehe. „wie extreme Gruppen von Links und Rechts die politische Landschaft verändern. Nationalisten machen gegen die Europäische Union mobil. Islamistische Terroristen versuchen mit Gewalt, unsere tolerante Lebensweise zu vernichten“. Damit spricht die FDP zwei große Themen an, die in der R+V-Studie (2017) als Ängste der Deutschen benannt wurden: 71 Prozent sahen den Terrorismus an erster Stelle, der politische Extremismus folgte auf Platz zwei mit 62 Prozent. Weiter heißt es: „Der Rechtsstaat und die Weltoffenheit unseres

Landes (würden) wanken“ (FDP 2017: 1). Es wird auf „echte Lücken in unserer Sicherheitsarchitektur“ hingewiesen (ebd.: 2). „Wenn Nationalisten Europa mit Propaganda sturmreif schießen wollen, dann muss man für Europas Stärken werben, aber auch genauso entschlossen seine Schwächen beheben“ (ebd.). Die FDP sieht die „Aufarbeitung der deutschen Diktaturen als kontinuierliche Aufgabe“ (ebd.: 24). Eine Lösung wird in der Bildung gesehen: „Vor allem in der Schule ist zu vermitteln, warum und wie es zu diesen Diktaturen kommen konnte, um die nachwachsenden Bürgerinnen und Bürger aktuelle und zukünftige Entwicklungen in diese Richtungen erkennen zu lassen“ (ebd.). Bei der Terrorismusbekämpfung wendet sich die Partei gegen „anlasslose Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten“ (ebd.: 38), denn „mehr gespeicherte Daten schaffen nicht mehr Sicherheit“. Hier wird auf fehlendes Personal verwiesen und vorgeschlagen, sich auf die Gefährder zu beschränken und diese „gezielt zu identifizieren und lückenlos zu überwachen“ (ebd.). Eine Funkzellenabfrage in diesem Zusammenhang wird skeptisch gesehen, jedoch legitimiert, „wenn ein Gericht es erlaubt“ (ebd.: f.). „Auch die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität rechtfertig(e) nicht die lückenlose Überwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger“ (ebd.). Die FDP hält am Erhalt des Bargelds fest, da es „keinerlei Anhaltspunkte (gibt), dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten“ (ebd.: 39). Weiter fordert man einen verantwortungsvollen Einsatz von Videokameras und geht hier auf wissenschaftliche Ergebnisse ein: „So wäre durch Videokameras der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin zwar nicht zu verhindern gewesen, doch sind Videoaufzeichnungen in der Nachbereitung eines Anschlags und zu Verfolgung flüchtiger Täter durchaus hilfreich. [...] Die Tendenz, mehr Videoüberwachung durch private Stellen zuzulassen, um die so gewonnenen Aufzeichnungen für staatliche Zwecke dienstbar machen zu können, sieht die FDP kritisch“ (ebd.: 42). Von religiösen Führern erwarte man „eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen“ (ebd.). Weiter spricht die FDP Europa an, „die Geschichte hat gezeigt, in welche Sackgassen aggressiver Nationalismus führt“ (ebd.: 60), Europa soll stärker gemacht werden. „indem wir seine Schwächen beheben“. „Internationaler Terrorismus gefährdet weltweit Freiheit und Menschenrechte. Dem muss sich Deutschland mit seinen Partnern entschlossen entgegenstellen (ebd.: 64). Wie schon in den Programmen von 2005 und 2013 wird eine weltweite Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung gefordert, dazu müsse auch der „notwendige Datenaustausch“ (ebd.) organisiert werden. Zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sei es „notwendig, eng mit ausländischen Nachrichtendiensten zu kooperieren, die finanzielle Basis von Terrorgruppierungen zu zerschlagen und an rechtlich legitimierten Militärmaßnahmen mitzuwirken. Gleichzeitig müssen regionale Kräfte, die sich gegen islamistische Terrorgruppierungen stellen, gestärkt und mit Beratung, Ausbildung und Ausrüstung unterstützt werden (ebd.: f.). In der Bekämpfung des radikalen Salafismus setzt man auf die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden. Ziel sei „ein flächendeckendes Vorgehen, das Repression und Prävention vereint“ (ebd.: 65). Als repressive Maßnahmen werden „Versammlungs- und Vereinsverbote, konsequente Strafverfolgung, Aus- und Wiedereinreisebeschränkungen für Gefährder sowie deren gezielte Überwachung, beispielsweise mittels elektronischer Fußfessel“ (ebd.) genannt. Für „eine umfassende Prävention in Schulen, Moscheen, Jugendzentren“ (ebd.) brauche es „mehr Aufklärungsarbeit“, auch in Internetforen und für Rückkehrer und Aussteiger. Weiter werden bessere Bildungschancen und eine stärkere Wertevermittlung genannt. Obwohl sich die FDP v.a. im Datenschutz stark macht, wird doch eine Abfrage der Funkzellen legitimiert, so wie auch der weltweite Datenaustausch organisiert werden soll. Insgesamt werden repressive und präventive Maßnahmen vorgeschlagen.

Im Wahlprogramm 2002 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2002) nehmen die Grünen den Terroranschlag des 11. September 2001 als „Szenario eines Flugzeugabsturzes auf ein Atomkraftwerk (als) nicht mehr vernachlässigbares Restrisiko“ (ebd.: 15) und fordern die Abschaltung von Atomkraftwerken. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werde man entschieden entgegengetreten (ebd.: 60; s.a. 61, 68), hier wolle man zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratieprogramme wie CIVITAS unterstützen. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit soll gewahrt werden (ebd.: 61; s.a. 70). In der Bekämpfung von Rechtsextremismus setzt man „auf den Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht und Rassismus und Antisemitismus ächtet“ (ebd.: 68f.). Auch die Gesellschaft wird in die Verantwortung gezogen (ebd.): „Die Erziehung junger Menschen zu Toleranz und Demokratie ist nicht nur Aufgabe der Familie, sondern auch Pflicht des Staates. Deshalb werden wir uns im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes für entsprechende Programme einsetzen. Dazu gehört insbesondere eine verstärkte Berücksichtigung dieser Zielgruppe bei der Konzeption von Gedenkstätten und Ausstellungen in der Verantwortung des Bundes“. Zudem sollen Opferberatungsstellen finanziell gefördert werden. Der Internationale Terrorismus stelle den Rechtsstaat zwar vor neue Herausforderungen, dennoch dürften Freiheitsrechte und Sicherheitsmaßnahmen nicht ausgespielt werden (ebd.: 70). Terrorismusgesetze sollen immer wieder auf ihre Verhältnismäßigkeit bezüglich der Balance zwischen Sicherheit und Freiheit bewertet werden. Nach diesen Grundsätzen sollen die Gesetze der siebziger und achtziger Jahre überprüft und ggf. zurückgeführt werden (ebd.: 70f.). Die Partei gibt zu, dass sie Einsätzen der Bundeswehr zugestimmt hat, ohne sich jedoch „vom Ziel der Gewaltfreiheit zu verabschieden“ (ebd.: 78). Ziel sei es, die internationalen Beziehungen zu zivilisieren, die Krisenprävention auszubauen sowie die Vereinten Nationen zu stärken und zu demokratisieren. Um den Terrorismus dauerhaft zu „besiegen“, müsse man „die Lebensgrundlagen der Menschen verbessern, den ‚Dialog der Kulturen‘ ernsthaft führen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aufbauen“ (ebd.: 79f.). Dabei setzen die Grünen auf Gewaltfreiheit, Umweltschonung und soziale Gerechtigkeit. Dem Wirtschaftshandeln globaler Unternehmen will man Grenzen setzen (ebd.). Nach dem 11. September 2001 fordert die Partei „eine Weiterentwicklung der bisherigen Reform der Bundeswehr“ mit einer Verkleinerung ihres Umfangs und der Abschaffung der Wehrpflicht (ebd.: 87). Zusammenfassend zeigen sich die Grünen eher weniger punitiv. Die gesellschaftliche Verantwortung wird deutlich aufgezeigt, der überwiegende Teil der Lösungen ist präventiver Natur.

Die Grünen machen in ihrem Wahlprogramm 2005 deutlich, dass ihr Engagement gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus durch die Erinnerung an den Naziterror wachgehalten und bestärkt wird (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2005: 18). Auch hier wird wie bereits 2002 der internationale Terror in den Zusammenhang mit der Sicherheit von Atomkraftwerken gebracht und deren Stilllegung gefordert (ebd.: 55). In Bezug auf „eine ernsthafte Bedrohung durch international agierende terroristische Gruppen“ (ebd.: 87f.) wolle man „die Teilhabe erleichtern und bürgerschaftliches Engagement, die vielfältige Kulturszene und die demokratische Nutzung der neuen Medien fördern“. Der Staat hat dabei „die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Gefahren und Verletzungen zu schützen. Ein starker Rechtsstaat ist aber niemals ein übermächtiger Überwachungsstaat. [...] Das oberste Prinzip allen staatlichen Handelns muss die Unantastbarkeit der Menschenwürde bleiben. Wir widersetzen uns allen Versuchen, sie gegen andere Rechtsgüter abzuwägen. Folter ist kein Mittel des Rechtsstaats“ (ebd.). Wie schon 2002 fordern die Grünen, dass die Gesetze, die aufgrund von terroristischen Anschlägen eingeführt wurden befristet, kontrolliert und evaluiert und zur Not auch wieder rückgängig gemacht werden (ebd.: 92f.). „Absolute Sicherheit [könne] es nicht geben und es wäre falsch, sie zu versprechen“ (ebd.). Auch hier wird herausgestellt, dass es wichtig

sei, Freiheit und Sicherheit auszubalancieren. Im Kampf gegen Rechtsextremismus - hier wird angemerkt, dass die Zahl der Delikte steigen - brauche man Aufklärung, historische und politische Bildung, eine Erinnerungskultur und Aufarbeitung (ebd.: 100). Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextreme sei eine „aktive demokratische Zivilgesellschaft“ (ebd.: f.) und ein gesellschaftliches Klima, „das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht sowie rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus ächtet. Wir müssen rechtsextremistische Strukturen transparent machen und ihnen den finanziellen und logistischen Nährboden entziehen. Rechtsextremistische Propaganda-Aktivitäten sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu unterbinden“ (ebd.). Demokratie- und Ausstiegsprogramme sollen weiter finanziert und gefördert, evaluiert und weiterentwickelt werden. Polizei, Justiz und Verwaltung sollen konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen. In der Außen- und Entwicklungspolitik werden zivile Konfliktbearbeitung und Bekämpfung der Armut benannt und damit mögliche Ursachen extremistischen Verhaltens angesprochen. Die Partei setzt auch hier wieder auf Gewaltfreiheit und einen „Dialog der Kulturen und Religionen“ (ebd.: 109). Eine internationale Terrorismuskonvention wird befürwortet (ebd.: 110), ebenso werden „Menschenrechte ohne Rabatt“ (ebd.: 115f.) gefordert. Es dürfe „keinen Menschenrechtsrabatt geben und keine doppelten Standards – im Anti-Terrorkampf ebenso wenig wie bei der Gestaltung der politischen Zusammenarbeit. Menschenrechte sind universell gültig und unteilbar. Stabilität entsteht durch Demokratie und Freiheit, nicht durch Missachtung von Menschenrechten oder repressive Maßnahmen“ (ebd.). Die Grünen wiederholen sich häufig in ihren, meist konfliktarmen Aussagen und sprechen davon, Gesetze und Programme zu evaluieren. Überwiegend werden, wie schon im vorherigen Programm, präventive Ansätze vorgeschlagen.

Im Wahlprogramm der Grünen 2009 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2009: 19) will man „keine konforme, angepasste Gesellschaft, sondern gleiche Verwirklichungsmöglichkeiten für alle. Vielfalt ist Reichtum. Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus. Im 60. Jahr des Grundgesetzes wehren wir uns gegen immer weitere Einschränkungen der Bürgerrechte, die alle zum Sicherheitsrisiko machen, und gegen Versuche, unteilbare Menschenrechte nach der Herkunft zu teilen“. Hierzu fordert man ein europäisches und globales Vorgehen. Wie in den letzten beiden Wahlprogrammen 2002 und 2005 werden Sicherheitsprobleme mit Atomreaktoren in Verbindung gebracht, „die ältesten Meiler (seien) am wenigsten gegen Terrorangriffe geschützt. Bei vorliegenden Erkenntnissen über drohende Gefährdungen durch Anschläge müssen auch die anderen Atomkraftwerke schnellstmöglich abgeschaltet werden“ (ebd.: 65f.). Zur Extremismusbekämpfung schlägt die Partei vor, „die Vielfalt der Jugendangebote (zu) fördern, auch weil vielfältige kulturelle Angebote der beste Schutz gegen rechtsextreme Einfalt (seien)“ (ebd.: 118). „Dörfer und der ländliche Raum dürfen nicht zu Zonen der kulturellen Ödnis werden. Gerade junge Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, sondern brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität. Im Hinblick auf steigenden Rechtsradikalismus und zunehmende Gewalt unter Jugendlichen bedeutet die Bereitstellung und stärkere finanzielle Förderung von kulturellen Angeboten eine notwendige soziale Prävention und ist damit eine nachhaltige Investition“ (ebd.: 189). Man setzt sich für „eine starke Jugendhilfe und engagierte Jugendverbände“ (ebd.: 118) ein, die Träger sollen gut ausgestattet werden. Hinsichtlich der Terrorbekämpfung verteidigen die Grünen „den freiheitlichen Rechtsstaat“ (ebd.: 142f.), „die Bedrohung durch Terrornetzwerke (könne) nicht durch zentralisierte und ungezielte Massenüberwachung wirksam bekämpft werden“. Man spricht sich gegen eine Antiterrordatei aus. Wie schon 2005 wird kein Menschenrechtsrabatt gefordert, es solle „keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren (geben). Wer im Namen der Sicherheit die Freiheit opfert, der verliert am Ende beides“ (ebd.: 143). Der Kampf gegen Rechtsextremismus sei „auch ein Kampf für unsere Demokratie“ (ebd.: 149f.). Die Partei stellt das Ausmaß rechtsextremistischer Taten übermäßig hoch dar, indem sie schreibt: „Die Zahl der

rechtsextremistischen und rassistischen Delikte, insbesondere der Gewalttaten, steigt in erschreckendem Maße. Ganze Regionen sind zu Zonen der Angst geworden, in denen sich Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Sprache, Behinderungen oder auch nur anderer Frisur nicht mehr sicher bewegen können. Immer wieder rütteln brutale Überfälle durch Rechtsradikale die Öffentlichkeit auf, aber hunderte andere Gewalttaten im Jahr werden höchstens in einer Randnotiz in den Zeitungen erwähnt. Und braunes Gedankengut ist auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Das können wir als Gesellschaft nicht länger hinnehmen! Wir müssen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Wir müssen rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und Antisemitismus ächten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden“ (ebd.). Dabei erinnert der Begriff der „Zonen der Angst“ sehr stark an die „Zonen der Ordnungslosigkeit“ und die Broken-Windows-Theorie von Wilson/Kelling (1982). In der Aussage, dass „brutale Überfälle durch Rechtsradikale die Öffentlichkeit auf(rütteln)“ und viele weitere Fälle „höchstens in einer Randnotiz in den Zeitungen erwähnt“ würden, zeigt sich die Bedeutsamkeit der Darstellung von Kriminalität in den Medien. Ein zentraler Aspekt zur Bekämpfung von Extremismus wird in der Informationsübermittlung durch Schulen, Medien und Gedenkstätten gesehen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2009: 149f.). Rechtsextremistische Strukturen sollen sichtbar gemacht und der finanzielle Boden entzogen werden, Initiativen gegen Rechtsextremismus sollen finanziell unterstützt werden. Opferberatungsteams sollen verhindern, dass sich Opfer aus der Öffentlichkeit zurückziehen, Rechtsextremen soll die Arbeit erschwert werden. „Auch wenn es kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus ist, wollen wir ein neues NPD-Verbotsverfahren prüfen“ (ebd.). Die Integration des Islam wird genauso gefordert, wie ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus (ebd.: 151f.). Die Grünen stellen sich dem islamischen Extremismus „entschieden entgegen“ (ebd.: 152). Die Verfolgung des Terrorismus mache „eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerländern“ (ebd.: 159) unabdingbar, dabei müsse auf die Balance von Freiheit und Sicherheit geachtet werden. „Der [...] Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz (müsse) Hand in Hand gehen mit verbindlichen Garantien zum Schutz der Bürgerrechte“ (ebd.). Die Grünen rufen zum Dialog auf (ebd.: 161). Man will die „Erinnerungskultur lebendig erhalten“ (ebd.: 191). Eine Vorratsdatenspeicherung wird abgelehnt, bei Straftaten im Internet oder „nationalsozialistischer Propaganda im Netz, streiten wir für eine schärfere Verfolgung der Täterinnen und Täter – vor allem durch eine bessere internationale Kooperation zwischen den Staaten, beispielsweise durch vergleichbare Rechtsvorschriften oder gleiche Standards“ (ebd.: 196). „Ein militärisch verstandener ‚Krieg gegen den Terror‘ (sei) nicht zu gewinnen“ (ebd.: 215f.), dies sei nur mit einem Strategiewechsel möglich. Die Grünen befürworten eine Unterbrechung der Spirale der Gewalt, eine bessere Koordination der internationalen Gemeinschaft und zivile Antworten, um „eine selbsttragende Entwicklung in Afghanistan“ (zu erreichen), die es ermöglicht, die internationalen Truppen schrittweise abzuziehen“ (ebd.). Insgesamt schlagen die Grünen in ihrem Programm 2009 mehr gering punitive und präventive Lösungen vor. Jedoch zeigt sich, dass die Partei bei manchen Themen zur Darstellung eines übertriebenen Bildes an Kriminalität neigt, z. B. wenn es um das Ausmaß an Überfällen durch Rechtsradikale („Zonen der Angst“) geht oder etwa eine schärfere Verfolgung von Tätern im Internet gefordert wird.

Die Grünen beziehen sich in ihrem Wahlprogramm 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2013: 11) zu Beginn auf die NSU-Vorfälle: „Es ist erschreckend, dass eine rechte Terrorgruppe über zehn Jahre hinweg, angetrieben von einem blinden Hass auf alles, was nicht ihrem kruden Weltbild entsprach, mit Bombenanschlägen und kaltblütigen Morden ungehindert durch unser Land ziehen konnte. Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist tief erschüttert. Echte Konsequenzen aus diesem staatlichen Versagen wurden immer noch nicht gezogen“. Hier und auch an weiteren Textstellen (u.a. 221) wird ein Zusammenhang zwischen den Vorfällen und dem Vertrauen der Bürger in die Sicherheitsbehörden hergestellt. Das Wort

„Einmischen“ spielt im gesamten Programm eine Rolle, schon im Titel. Unter „Einmischen“ ist z. B. gemeint, die Freiheit zu haben, um sich gegen den Abbau von Bürgerrechten einzusetzen: „Sicherheit gehört gewährleistet, Freiheit gehört nach über zehn Jahren der Einschränkung, die unter den Eindrücken der Terroranschläge in den USA vorgenommen wurden, wieder gestärkt“ (ebd.: 20). „Einmischen“ heiße auch, „jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten“ (ebd.), wieder bezieht man sich dabei auf die Aufklärung der NSU-Morde. Der Widerstand gegen „Nazis“ soll mit allen rechtsstaatlichen Mitteln erfolgen, auch wenn der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft käme (ebd.). Wie auch im Wahlprogramm 2013 soll entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgegangen werden (ebd.: 212f.). Es wird teilweise ein ubiquitäres Bild von Rechtsextremismus geschaffen, wenn es da heißt: „Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung und Bedrohung erfahren, wenn sie in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen oder sich gegen sie aktiv zur Wehr setzen“ (ebd.). Man bemängelt einen viel zu unkritischen Umgang mit ihnen. Andererseits gäbe es eine „erfreuliche zivilgesellschaftliche Gegenwehr“, die Grünen unterstützen Bildungs- und Beratungsarbeit, Demos und friedliche Blockaden. „Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression“ (ebd.), hier sind möglicherweise die linken Aufmärsche gemeint, die bekanntlich auch extremistische Handlungen beinhalten können. Die „diskriminierende ‚Extremismusklausel‘“ (ebd.: 2013; s.a. 216) solle wieder abgeschafft werden, da sie „Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt“ (ebd.: 213). Im Kampf gegen Rechtsextremismus sollen jährlich 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden (ebd.; s.a. 216), auch hier haben die Grünen wieder eine langfristige Umsetzung im Blick, dies gilt v.a. für positiv evaluierte Programme. „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus (sollen) geschlechtersensibel angeboten werden“ (ebd.: 213). In Rückschau auf die NSU-Morde und das Attentat auf das Münchener Oktoberfest 1980 verlangen die Grünen eine restlose Aufklärung. Geeignete Aussteigerprogramme, hier sollen vorrangig positiv evaluierte Programme umgesetzt werden, sollen gestärkt werden (ebd.: f.). „Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet. Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichem Ausmaß zerschlagen“ (ebd.). Auf rechte Initiativen im Internet antworten die Grünen wie folgt: „Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken“ (ebd.: 214). Die Grünen wollen Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern und sehen das Thema als gesamtgesellschaftliche Aufgabe (ebd.: 216). Zum Verhältnis von Sicherheit und Freiheit schreibt die Partei folgendes: „Sicherheit bedeutet in einer freien Gesellschaft aber Sicherung der Freiheit. Freiheit ist Voraussetzung für volle gesellschaftliche Teilhabe. Das zu ermöglichen, ist die Aufgabe eines Rechtsstaates. Wir wollen Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte aufzugeben. Doch stattdessen werden bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden eine Million Handydaten völlig unbeteiligter BürgerInnen abgefragt und auch sonst informieren sich staatliche Stellen über uns – bei Banken, Internetunternehmen oder Telekommunikationsanbietern“ (ebd.: 218). Gegen die Bedrohungen der Sicherheit sollen „Behörden ausreichend ausgestattet und gewappnet sein“ (ebd.: 220). Immer neue Sicherheitsgesetze auf Vorrat werden abgelehnt. Die nach 2001 erlassenen Gesetze sollen wissenschaftlich und unabhängig evaluiert werden und aufgrund des Ergebnisses „zugunsten eines echten Grundrechtsschutzes“ geändert werden. Die Bürgerrech-

te sollen nicht nur verteidigt, sondern auch gestärkt werden. Verschärfungen der Anti-Terror-Gesetzgebung seit 2005 sollen zurückgenommen werden (ebd.). In der Terrorismusbekämpfung werden präventive Ansätze gefordert. Demokratieförderung und gut koordinierte Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme werden zur Bearbeitung von menschenfeindlichen Überzeugungen präferiert (ebd.: 221). Die Grünen regen eine breite Diskussion über die Sicherheitsarchitektur an (ebd.). Verfassungsschutz sei eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft, „ein unabhängiges ‚Institut zur Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen‘“ soll auf wissenschaftlicher Basis beobachten und analysieren (ebd.: 222). Das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum (GETZ)“ soll einer kritischen Prüfung unterzogen werden, weitere Abwehrzentren und gemeinsame Dateien werden abgelehnt (ebd.: 223). In der Präventionsarbeit seien kulturelle Angebote und eine Erinnerungskultur wichtige Mittel gegen Rechtsextremismus (ebd.: 260f.; s.a. 263, 265, 273). Man setzt sich für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein (ebd.: 261f.). Die Grünen sprechen sich hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung für „Prävention vor gewaltsamen Entwicklungen etwa durch Unterdrückung, Diktatur, Terrorismus und schlechte Regierungsführung (aus)“ (ebd.: 307). „Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionen stehen für uns an erster Stelle. Notwendig ist eine Nationale Friedensstrategie als friedens- und sicherheitspolitischer Kompass“ (ebd.). Rüstungsexporte sollen verboten werden, u.a. da diese auch in falsche Hände gelangen und zu terroristischen Zwecken genutzt werden könnten (ebd.: 310). In ihrem Wahlprogramm 2013 wiederholen sich die Grünen häufig mit ihren Aussagen, das Ausmaß der Textstellen mit sicherheitspolitisch relevantem Inhalt hat im Vergleich zu den vorherigen Programmen sichtbar zugenommen. Auch hier wird, wie schon 2009, Rechtsextremismus zum Teil übermäßig dargestellt, indem man mehrmals das Wort „vielerorts“ und den Begriff der „Angst-Räume“ verwendet. Alles in allem werden aber weiterhin deutlich mehr präventive Ansätze gefordert.

2017 steht im Wahlprogramm der Grünen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2017: 7): „Radikaler Nationalismus kehrt zurück“. Man setzt sich ein: „Für ein friedienstiftendes Europa, das nach innen zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt und gegen Hetze und Nationalismus“ (ebd.: 8). Mit der Krise Europas und dem Rückfall in den Nationalismus würde sich die Frage des Friedens stellen, die Regierung reagiere auf neue Bedrohungen „mit immer schärferen Gesetzen, anstatt mit kühlem Kopf gezielt Probleme zu lösen“ (ebd.). Wie schon in den vorherigen Wahlprogrammen wird die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit diskutiert (ebd.: 10). Es wird „Eine Gesellschaft, in der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremer Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben“ (ebd.) gefordert. Das Thema Einwanderung wird diskutiert und auf das Grundgesetz verwiesen: „Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der Intoleranz“ (ebd.). Ein vereintes Europa sei die Lösung, als „Ort des Friedens und der Freiheit“. Man wolle ihn mit aller Kraft gegen Nationalismus verteidigen und durch Zusammenarbeit Konflikte lösen, Terrorismus und Fluchtursachen bekämpfen. Dabei werden friedliche Lösungen bevorzugt (ebd.: f.). Mögliche Ursachen für Terror werden angesprochen (ebd.: 65f.). Man will Schutz für die bieten, die „vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland (fliehen)“ (ebd.: 67) und die Europapolitik „solidarischer ausrichten“. Rechtsnationalistischen Bewegungen setzen die Grünen Engagement und europäische Integration entgegen, alle Konflikte seien nur durch Zusammenarbeit in der EU lösbar (ebd.: 68f.). „Leider werden gerade auch die bisher erreichten Errungenschaften infrage gestellt. Islamist*innen und Rechtsextremist*innen greifen sie mit terroristischen Anschlägen an. Rechtsnationale spalten die Menschen in ein ‚völkisches ‚die‘ und ‚wir‘. Sie wollen zurück ins gesellschaftliche Vorgestern. Durch die sozialen Medien rollen Wellen von Hass und Hetze. Dagegen setzen wir GRÜNE: keine Toleranz gegenüber der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Wir setzen uns für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Denn nur ein starker, demokratischer Rechtsstaat gewährt Sicherheit und schützt die Freiheit“ (ebd.: 116). Gruppenbezogene Men-

schenfeindlichkeit reiche bis in die Mitte der Gesellschaft, man sagt ihr weiterhin den Kampf an (ebd.). Ein friedliches Zusammenleben funktioniere nur mit Rechten und Pflichten, die für alle gelten und „einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit“ (ebd.: 119). Dies sei eine gemeinsame Aufgabe, Ziel sei eine inklusive Gesellschaft. „Konflikte (sollen) friedlich und demokratisch ausgetragen werden“, man stehe für eine Bildungsförderung (ebd.: 120). Dass die Grünen bereit sind mit anderen in den Diskurs zu gehen, zeigt der folgende Ausschnitt: „Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch agieren. Der ‚öffentliche Friede‘ wird nicht durch kritische Kunst bedroht, sondern durch religiöse und politische Fanatiker*innen, denen es an Kritikfähigkeit oder Respekt vor Anderen fehlt. Deswegen wollen wir § 166 Strafgesetzbuch (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen) streichen. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöse Bekenntnis es geht: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz und den Menschenrechten. Das bedeutet: Bürger*innen können selbstverständlich ihre Wertüberzeugungen aus eigenen Quellen ableiten. Auch religiöse Haltungen können Basis demokratischen Bewusstseins und politischen Handelns sein. Für uns ist wichtig, dass das Grundgesetz uneingeschränkt gilt. Antidemokratischen Einstellungen und Fanatismus stellen wir uns entschieden entgegen“ (ebd.: 121 f.). Extremismus und Terrorismus wollen die Grünen „mit rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen“ (ebd.: 136) begegnen. „Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind hier nur kontraproduktiv. Es ist viel wirksamer, gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen BürgerInnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung, flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu erfassen. Wir lehnen diese jeweils ab. Die Sicherheitsbehörden benötigen vielmehr die Befugnisse, die erforderlich sind, um zielgerichtet Gefahren abwehren zu können. Polizeiliches Handeln braucht dabei ein gutes rechtsstaatliches Fundament – genau formuliert und kontrolliert“ (ebd.). Die Grünen berufen sich auf Ereignisse, wie den Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin, Angriffe auf Flüchtlinge und die NSU-Taten, wenn sie davon ausgehen, dass „das Vertrauen in den Staat angesichts rechtswidriger Massenüberwachung durch deutsche wie internationale Geheimdienste und das Eigenleben beim Verfassungsschutz beschädigt (ist)“ (ebd.: 137). In Bezug auf die schnellen und oft unreflektierten Reaktionen der Politik spricht die Partei einen guten Punkt an: „Die gegenwärtige Regierung versucht mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen Staates nur von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, forciert die Bundesregierung Gesetzesverschärfungen im Hau-ruckverfahren, ohne die Folgen abzuschätzen. Im besten Fall sind sie sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall weitreichende Grundrechtsverletzungen. Wir sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit, unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven Grundrechtsschutzes“ (ebd.). Auch hier wird wieder eine Prüfung der Gesetzesänderungen und Verschärfungen auf Basis wissenschaftlicher Kriterien angeregt. Die Polizei soll im Rahmen der Gefahrenabwehr und mit guter Ausstattung für die „gezielte und länderübergreifende Überwachung von Terrorverdächtigen“ eingesetzt werden (ebd.: 139). Ein Einsatz der Bundeswehr im Innern wird abgelehnt (ebd.: 140). Die Sicherheitsbehörden sollen in der EU zusammenarbeiten und dabei hohe Standards für die Rechte der Verdächtigten und Beschuldigten beachten, ein angemessener Informationsaustausch wird befürwortet (ebd.). Was das Vorgehen gegen Rechtsextre-

mismus angeht, so ist auffällig, dass die Grünen häufig davon sprechen, „entschlossen“ gegen etwas vorzugehen. Den nach eigenen Aussagen zunehmenden rechten Straftaten - „Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht“ (ebd.) – wollen die Grünen mit konsequenter Verfolgung und Ahndung begegnen, der Opferschutz müsse verbessert werden. Unterstützung wird auch für Aktionen gegen Nazis angeboten (ebd.: 141). „Zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts gehören für uns auch Demonstrationen. Symbolische Strafverschärfungen auf Kosten der Demonstrationsfreiheit lehnen wir ab. Sie machen keine Versammlung friedlicher. Eine deeskalierende Einsatzstrategie sowie gut ausgebildete und ausgeruhte Einsatzkräfte sind hier für alle Seiten viel sinnvoller“ (ebd.). Sicherheitsbehörden sollen das Wissen von Experten mit in ihre Analysen einbeziehen, der Verfassungsschutz soll grundlegend reformiert werden, es soll ein neues Bundesamt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr gegründet werden (ebd.: 141f.; s.a. 144f.). Die Prävention zur Extremismusbekämpfung soll ausgebaut werden, eine „Kultur des Hinschauens“ (ebd.: 142) soll ebenso wie Bildung, Beratung und Jugendarbeit gefördert werden. In den Justizvollzugsanstalten soll gezielte Präventionsarbeit als eine „Querschnittsaufgabe“ (ebd.) eingeführt werden, da sie zu den „Stationen der Radikalisierung“ gehöre. „Gerade an sozialen Brennpunkten müssen wir auch mit städtebaulichen und wirtschaftlichen Maßnahmen für Perspektiven sorgen, um Gewalt und No-go-Areas schon im Ansatz entgegenzuwirken“ (ebd.). Des Weiteren sollen unterstützt werden: zivilgesellschaftliche Ansätze und die Präventionsarbeit in Moscheen, die Vernetzung mit Polizei, Schule und Jugendhilfe, Programme für Aussteiger und zur Deradikalisierung, erschwerter Zugang zu Waffen, staatliche Bildungs- und Beratungsangebote (ebd.: 143), ein bundesweites Präventionszentrum (ebd.: 144), Kulturprojekte und Gedenkstätten (ebd.: 153), Sport und Fanprojekte (ebd.: 155). Die Strukturen sollen durch ein Demokratiefördergesetz dauerhaft und finanziell gestärkt werden (ebd.: 143). „Demokratie brauch(e) eine vernünftige Debatte, die auf Fakten baut, auf gegenseitigen Respekt und den Austausch von Argumenten – statt auf Hass, Hetze und dumpfe Parolen. Der Erfolg autoritärer und antidemokratischer Kräfte in Europa und den USA macht deutlich, dass wir uns an einem historischen Scheideweg befinden“ (ebd.: 146). Die Grünen verteidigen eine „vielfältige und unabhängige Medienlandschaft [...] gegen die Angriffe von Populist*innen und Hetzer*innen, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive Information durch Propaganda ersetzen. Journalist*innen dürfen nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht und kriminalisiert werden“ (ebd.: 151f.). Es wurde ersichtlich, dass die Grünen in ihrem aktuellen Programm 2017 deutlich häufiger als in den Programmen zuvor punitive Lösungen vorschlagen, wie eine Verschärfung des Waffenrechts (ebd.: 237) oder die gezielte Überwachung von Gefährdern (auch wenn dies sinnvoll erscheint). Auf der anderen Seite bieten sie jedoch umfassende Präventionsangebote an, die klar und deutlich formuliert sind. Man scheut sich nicht vor einer vernünftigen Debatte (ebd.: 146). An vielen Stellen im Programm wird eine Wissenschaftlichkeit, z. B. bei der Überprüfung bestehender Gesetze oder zur Wirksamkeit von Maßnahmen gefordert.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)/Die Linke

Schon auf der ersten Seite ihres Wahlprogramms 2002 (PDS 2002: 1) spricht die PDS Ursachen von Terrorismus wie „Ausbeutung und Unterdrückung, Perspektivlosigkeit und kulturelle Zerstörung“ an und bemängelt den Umgang der anderen Parteien damit. Eine Diskussion von Freiheit und Sicherheit findet wie folgt statt: „Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Wer öffentliche Sicherheit will, muss die Ursachen begreifen und bekämpfen, warum sich Menschen von dieser Gesellschaft abwenden, warum sie Straftaten begehen. Auf soziale Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen hinzuweisen, heißt für uns nicht, die Täterinnen und Täter aus ihrer persönlichen Ver-

antwortung zu entlassen. Die PDS nimmt die Ängste und Sorgen vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus sehr ernst. Wir wenden uns aber gegen eine Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um die Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Und niemand kann absolute Sicherheit garantieren“ (ebd.: 19). Die Partei wendet sich gegen „immer neue, spektakuläre Gesetze“ (ebd.) und fordert die „effektive Anwendung bestehender Gesetze“. Zudem will man dafür sorgen, dass die von der PDS „abgelehnten Anti-Terror-Gesetze tatsächlich zum besseren Schutz vor terroristischen Anschlägen beitragen“ (ebd.). Die PDS tritt für „die gesellschaftliche Ächtung und strafrechtliche Verfolgung rechtsextremistischer und rassistischer Angriffe und Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Lebensweise ein“ (ebd.: 20). „Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz [würden] an den Grundlagen der Demokratie (nagen)“ (ebd.). Wer sich gegen die Grundrechte einer demokratischen Gesellschaft stelle, der „soll politisch und wo nötig strafrechtlich bekämpft werden. Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (ebd.). Zur Bekämpfung von Rechtsextremismus schlägt die PDS folgendes vor: Einrichtung einer öffentlichen Beobachtungsstelle für antisemitische und rechtsextremistische Aktivitäten, Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten, bessere öffentliche Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen (ebd.). Unter Hinweis auf die „schändlichen Terrorattacken vom 11. September 2001 (und) der lang andauernde Feldzug gegen ‚das Böse‘ [habe man sich] strikt dagegen gewandt, dass auf Terror mit Krieg geantwortet wird“ (ebd.: 23). Ebenso wenig solle man „die Terrorbekämpfung als Vorwand nutzen, um strategische und ökonomische Interessen durchzusetzen“ (ebd.). In der Terrorismusbekämpfung werden folgende Maßnahmen gefordert: effiziente Verfolgung der Terroristen und Zuführung zur internationalen Strafgerichtsbarkeit, Trockenlegung der Finanzquellen, Drosselung der internationalen Waffenmärkte, Verabschiedung einer umfassenden Konvention durch die Vereinten Nationen, Errichtung eines Zentrums für Terrorismusbekämpfung, Aufbau von Strafverfolgungsinstrumenten (ebd.). Im Rahmen der Konfliktbewältigung soll der Dialog zwischen den Kulturen gefördert werden (ebd.: 24). Die Friedens- und Konfliktforschung müsse „kräftig angehoben werden“ (ebd.). Die PDS wirbt für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der EU, die sich durch militärische Deeskalation, Abrüstungspolitik, den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung und die Förderung internationaler Kooperation auszeichnet (ebd.: 25). Einerseits zeigt sich die PDS hoch punitiv im Umgang mit Terrorismus und Extremismus, andererseits werden mögliche Ursachen diskutiert. Zu Recht wendet man sich gegen eine Politik, die „die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um die Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken“ (ebd.: 19) und merkt dabei an, dass es eben keine absolute Sicherheit geben kann. Aus der PDS wurde im Zuge parteiinterner Umstrukturierungen im Jahr 2005 die „Linkspartei. PDS“ und dann 2007 „Die Linke“.

In ihrem Wahlprogramm 2005 schreibt die Linke (DIE LINKE 2005: 23): „Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für den Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Öffentliche Sicherheit entsteht dort, wo effektives staatliches Handeln der Kontrolle, Einflussnahme und Mitwirkung der Bevölkerung unterliegt. Öffentliche Sicherheit zu garantieren, schließt für uns ein, die Ursachen für Straftaten zu erkennen und zu bekämpfen. Wir nehmen die Furcht vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus ernst. Wir wenden uns aber gegen eine Politik, die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken“. Dies ähnelt dem Wortlaut aus ihrem vorherigen Programm (DIE LINKE 2002: 19) sehr stark. Es findet ein Abwägen zwischen Freiheit und Sicherheit statt, man beschäftigt sich mit den Ursachen von Kriminalität. Auch was die Bekämpfung des Rechtsextremismus angeht, ähneln die Aussagen stark denen aus dem letzten Programm (DIE LINKE 2005: 24; s.a. 2002:

20), es wird eine politische und strafrechtliche Verfolgung sowie Aufklärung gefordert. Es sollen zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus aufgebaut werden. Zum Umgang mit Terrorismus wird folgendes geschrieben: „Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen, der Krieg gegen den Terrorismus nicht, da er nicht die Ursachen dafür überwindet. Mehr Sicherheit ist nur durch globale Gerechtigkeit zu erreichen. Wir wollen, dass Deutschland und Europa zu einer friedlichen Alternative gegenüber dem Streben der USA nach Weltherrschaft werden. Deshalb sind Bestrebungen einer strategischen Vereinbarung durch die USA konsequent abzuwehren“ (ebd.: 29). Eine „alternative Sicherheitspolitik (erfordere) ein konsequentes Umlenken von Wissenschafts- und Wirtschaftspotenzialen für friedliche, nicht für Rüstungszwecke“ (ebd.: 30), man setzt sich zudem für ein Verbot aller Rüstungsexporte ein. Alles in allem fällt das Wahlprogramm 2005 sehr kurz aus, viele Aussagen wurden aus dem vorherigen Programm der PDS 2002 übernommen. Die Partei wägt zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen ab.

Die Linke schreibt in ihrem Wahlprogramm 2009 (DIE LINKE 2009: 41): „Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit [gehöre] zu den zentralen Funktionen eines demokratischen Rechtsstaates“, es sei „Aufgabe des Staates, die Würde eines jeden einzelnen vor An- und Übergriffen anderer zu schützen, ohne selbst Würde und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu verletzen“. „Terrorismus, organisierte Kriminalität und Gewaltverbrechen [seien] ernste Bedrohungen für das friedliche Zusammenleben. Sie schaffen ein Klima der Angst, fördern Misstrauen und lähmen gesellschaftliche Aktivität. Sie müssen wirkungsvoll verfolgt und bestraft werden. Polizei und Justiz müssen gut ausgebildet und modern ausgerüstet sein. Für die erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität reichen die bestehenden Gesetze aus“ (ebd.: 44). Es gäbe „keinen militärischen Sieg im sogenannten Anti-Terror-Krieg“ (ebd.: 54). Innere Sicherheit „auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Freiheitsrechten [sei] kein Erfolg, auf den eine Demokratie stolz sein kann“ (ebd.: 44). Den „Feinden der Demokratie“ (ebd.: 47) will die Linke entschieden entgegentreten, „Faschismus [sei] keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ (ebd.: 47). Die Verantwortung der Gesellschaft wird angesprochen und die Notwendigkeit einer wechselseitigen Anerkennung der Gesellschaftsmitglieder (ebd.). Als Gründe für rechtsextreme Haltungen benennt die Linke Vorurteile, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung sowie soziale Spaltung (ebd.). Im Umgang mit Rechtsextremismus fordert die Linke: Ächtung, staatliche Verfolgung und konsequente Ahndung rechtsextremer Gewalt, Förderung des bürgerschaftlichen Engagement, Koordinierung und Finanzierung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, eine unabhängige Beobachtungsstelle, Beobachtung nicht nur durch den Verfassungsschutz, mobile Beratungsteams, Aussteigerprogramme sowie ein Verbot der NPD, die Beendigung des Einsatzes von V-Leuten und die „gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offen (zu) führen“ (ebd.: 47f.). Im Programm 2009 werden repressive und präventive Maßnahmen sowie die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vorgeschlagen.

In ihrem Wahlprogramm 2013 (DIE LINKE 2013: 6) bringt die Linke zum Ausdruck, dass sie für den Frieden einsteht und sich gegen den Abbau von Bürgerrechten einsetzt. Man sei eine „Friedenspartei“ (ebd.: 7) und habe daher den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt. Man fordere „einen sofortigen, bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen und den Stopp von Waffenexporten“ (ebd.: 10). Weiter nennt die Partei einige Ursachen, die u.a. zu Rassismus führen, wie z. B. „soziale Risse[n] und Spaltungen der Gesellschaft“ (ebd.: 8) sowie das Versagen staatlicher Strukturen, die „verharmlost und vertuscht“ haben. Zur Aufarbeitung benötige man „soziale Investitionen“ (ebd.). „Soziale Ausgrenzung und die Entsicherung der Lebensverhältnisse sind auch der Nährboden, auf dem faschistische Politik wachsen kann. Eine wirksame Politik dagegen muss bei diesen Grundlagen ansetzen: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft voran-

treiben und soziale Sicherheit schaffen“ (ebd.: 76). Geheimdienste würden die Demokratie nicht schützen, sondern sie sogar gefährden, aus diesem Grund setzt man sich für die Abschaffung der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes ein. Anstatt dessen soll zum Schutz der Verfassung eine unabhängige Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ gegründet werden (ebd.). Es wird zudem „eine systematische Erfassung der Straftaten mit rassistischem, antisemitischem oder islamfeindlichem Hintergrund“ (ebd.: f.; s.a. 77) gefordert. Antifaschistisches und gesellschaftliches Engagement solle anerkannt und gefördert werden (ebd.: 77). „Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und alle Hindernisse für die Programme (z. B. die Extremismusklausel) beseitigt werden. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein“ (ebd.). Man wolle eine bundesweite Ombudsstelle einrichten, für diejenigen, die polizeilich verfolgt wurden, weil sie gegen neofaschistische Aktivität vorgegangen seien (ebd.). Es wird ein Verbot der NPD gefordert, was das Problem zwar allein noch nicht löse, jedoch für „gesellschaftliche Ächtung“ (ebd.) stehe und „staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten (verhindere)“. „DIE LINKE wird sich für eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz einsetzen“ (ebd.) und „gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen und Plätzen (blockieren)“. Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus soll langfristig festgeschrieben werden (ebd.: 82). Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung würden „Militärinterventionen [...] oftmals mit Verweis auf ‚Sicherheit‘ gerechtfertigt: ‚Sicherheit vor Terrorismus‘ oder ‚Sicherheit vor regionaler Destabilisierung‘, die militärisch hergestellt werden soll. Gegen dieses Verständnis von Sicherheit stellen wir den Ansatz der Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das Erstarken von gewalttätigen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung haben ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ (ebd.: 53). Die Linke setzt sich für „globale, friedliche und kooperative Lösungen“ (ebd.: 52) sowie für konsequente Abrüstung und eine gerechte Organisation der Weltordnung ein, um Kriege und Gewalt zu beenden. Die Linke behauptet, dass „Antifaschismus [...] gelebte Demokratie (sei)“ (ebd.: 76). „Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stehen Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter dem Generalverdacht terroristischer Umtriebe, was zu struktureller Islamfeindlichkeit führt. Wir suchen den Dialog mit muslimischen und jüdischen Gemeinden und Vereinen und stellen uns gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus. Rassistische Einstellungen werden in der Bevölkerung auch durch Gesetze, Verordnungen und behördliches Handeln wie das ‚Racial/Ethnic Profiling‘ durch die Polizeibehörden direkt und indirekt legitimiert; mit gesamtgesellschaftlich negativen Folgen auf das Zusammenleben“ (ebd.). Die Linke legt ihren Fokus 2013 sehr stark auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus, verharmlost dabei jedoch, dass es auch einen linksgerichteten Extremismus gibt. Zum Teil werden Ursachen genannt, die zur Entstehung rechtsextremen und terroristischen Verhaltens beitragen, auf die Lösungen wird jedoch nur kurz eingegangen. Im Großen und Ganzen versucht die Linke als „Friedenspartei“, die Probleme mit friedlichen und weniger punitiven Mitteln zu lösen.

In ihrem aktuellen Bundestagswahlprogramm (DIE LINKE 2017: 7) setzt sich die Linke für eine Gesellschaft ein, „in der niemand ausgegrenzt wird“. Man trete gegen die Vorurteile der Rechten, gegen Aufrüstung und Einsätze der Bundeswehr ein (s.a. 93), und sei „für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie“. Man weist auf einen „neoliberalen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik“ (ebd.: 8) hin. Rechte Parteien würden Unsicherheiten ausnutzen und versuchen „die Mobilisierung gegen die Schwächsten der Gesellschaft zu lenken“ (ebd.: 9f.). Rassistische Hetze und Gewalt würden in der Gesellschaft zunehmen (ebd.). Man wolle „ein gutes Zusammenleben stärken“ (ebd.) und ein „verlässliches soziales Netz der Gesellschaft“ schaffen. Als Ursache wird u.a. das System gesehen: „Ein System, das Menschen massenhaft in die Altersarmut schickt, hat abgewirtschaftet. [...] Massenarbeitslosigkeit und Armut im globalen Maßstab, Kriege, rechter und islamistischer Ter-

ror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Krieg und den Folgen des Klimawandels fliehen und ihre Heimat verlassen müssen – all das zeigt: Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen. Dieses System im Interesse einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen steht den Interessen der Mehrheit der Menschen entgegen. DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus“ (ebd.: 10). Die Linke stehe „für Frieden und Abrüstung, gegen Rassismus“ (ebd.: 12) sowie für eine Aufwertung des sozialen Systems. Im Diskurs um den Rechtsextremismus fordert man: „eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik“, eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands und die Aufarbeitung der Verbrechen aus der NS-Zeit (ebd.: 60). Die Partei stelle sich „klar gegen jede Diskriminierung von Geflüchteten und Eingewanderten“ (ebd.: 65). Die Ursachen von Fluchtbewegungen sollen bekämpft werden durch Verbote von Waffenexporten, friedliche Konfliktlösungen und eine gerechtere Weltwirtschaft (ebd.). Zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sollen zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus und für Demokratie einsetzen, gestärkt werden (ebd.: 66). „Antirassistische Fan-Initiativen sollten mehr finanzielle Unterstützung erhalten“ (ebd.). „Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden. Zugleich ist notwendig, ihre (Selbst-) Organisationen finanziell und politisch zu stärken“ (ebd.: 69). Bildungseinrichtungen sollen „einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein anstoßen“ (ebd.: 74). Man möchte einen Dialog mit muslimischen Gemeinschaften führen (ebd.). Die Linke fordert, dass „rechtsextremes Gedankengut und die Pflege der Wehrmachtstradition in der Bundeswehr restlos aufgeklärt und bekämpft werden“ (ebd.: 96). Der 8. Mai soll als „internationaler Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Faschismus zum gesetzlichen Feiertag erklärt (werden)“ (ebd.: 101). Die Wahlerfolge von rechtsextremen Parteien seien „ein Ausdruck der politischen Krise“ (ebd.: 102). Gegen einen „Rechtsruck in Europa“ würde ein „grundlegende(r) Politikwechsel“ (ebd.) helfen. Der „Zulauf der Rechtspopulisten hängt(e) eng mit der Krise in Europa und den USA zusammen“ (ebd.: 108). Wie schon im vorherigen Wahlprogramm (DIE LINKE 2013: 76) behauptet die Linke (2017: 108), dass „Antifaschismus [...] gelebte Demokratie (sei)“. „Die politische Landschaft der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren nach rechts verschoben. Mit der AfD hat sich eine nationalistische und in weiten Teilen rassistische Partei etabliert, die ideologische und personelle Verbindungen zur extremen Rechten hat. Rechte Gruppen und Parteien versuchen die Ängste und Nöte der Menschen vor den Folgen neoliberaler Politik zu bedienen. Mit Pegida und seinen zahlreichen regionalen Ablegern ist eine rassistische Bürgerbewegung in Teilen des Landes entstanden, die Hetze gegen Geflüchtete und Muslime betreibt. Die Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte nehmen dramatisch zu. 2014 waren es nach offiziellen Angaben 180 solcher Angriffe, 2015 weit über 1 000. 2016 hielten die Angriffe unvermindert an. Unabhängige Stellen kommen zu weit höheren Zahlen. Alltägliche rassistische Angriffe und Taten sogenannter Hasskriminalität, die sich gegen Minderheiten richten, haben ebenfalls zugenommen. Sie richten sich nicht allein gegen die Geflüchteten selbst, sondern auch gegen Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Die Täter entgehen oft einer Strafverfolgung“ (ebd.: 109). Es soll „eine unabhängige Beobachtungsstelle ‚Extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ (ge)schaffen (werden)“ (ebd.). Für die Opfer rechtsextremer Gewalt wolle man ein Bleiberecht, „um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter entgegenzutreten“ (ebd.). Man setzt sich für ein Verbot aller neofaschistischer Organisationen ein (ebd.). Die Finanzierung von Terror soll durch die Bekämpfung der organisierten Steuerkriminalität unterbunden werden (ebd.: 77). „Der ‚Krieg gegen den Terror‘ hat viele Menschen das Leben gekostet und noch mehr Gewalt hervorgebracht. Die Mehrzahl der Opfer dieses Krieges sind keine ‚Terroristen‘. Der Terror wurde nicht besiegt, sondern in viele weitere Länder auf dem gesamten Globus, auch nach Europa geholt“ (ebd.: 94). Man wolle „die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und kein Profiling. Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Kampfes gegen den

Terrorismus werden Überwachungstechnik und Datensammlung ausgebaut und die Freiheitsrechte ausgehöhlt, die man zu verteidigen vorgibt“ (ebd.: 105f.). Die Anti-Terror-Gesetzgebung der letzten 15 Jahre müsse „auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Die Abwehr von Gefahren (sei) Aufgabe der Polizei. Sie ist auch für die Terrorabwehr zuständig“ (ebd.: 113). Eine Zunahme der Textstellen zu sicherheitspolitischen und extremistischen Aspekten ist deutlich sichtbar. Viele Textstellen gleichen oder ähneln denen aus dem Vorjahr. Die Linke schreibt viel zu den Themen Rechtsextremismus und Terrorismus. Mehrmals wird betont, dass man eine aktive Friedenspolitik benötige. Es werden jedoch nur sehr wenige konkrete Lösungen angeboten. Linksextremistische Strukturen werden wie schon 2013 verharmlost: „Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und weichen nicht. Wir sind solidarisch mit Opfern rechter Gewalt und unterstützen sie gegen jedwede Angriffe“ (ebd.: 109). Und weiter heißt es: "DIE LINKE blockiert weiterhin gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen und Plätzen und kämpft gegen rassistische Angriffe. Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht kriminalisiert werden“ (ebd.). Eine wirksame Politik müsse die Ursachen bekämpfen (ebd.).

Die Alternative für Deutschland (AfD)

In ihrem Wahlprogramm 2017 (AfD 2017: 18) schreibt die Partei: „Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft. Seine Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden“. Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie und plädiert „für einen ganzheitlichen Ansatz von Staat, Wirtschaft und Bürgern. Dazu gehören sowohl militärische als auch zivile Komponenten. [...] Im Zeitalter hybrider Bedrohungen und von ‚Cyberangriffen‘ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch Terrorismus gewinnt eine zivilmilitärische Zusammenarbeit an Bedeutung. [...] Staat und Bürger müssen gegen gewaltbereite Akteure, die sich bereits legal oder illegal im Land befinden, geschützt werden. Zu erreichen ist dies durch neue dezentralisierte Strukturen mit zentraler Koordination und allzeit verfügbare schnelle Reaktionskräfte“ (ebd.: 19f.). Und weiter: „Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche war der vorläufige Tiefpunkt einer ganzen Serie von Ereignissen, die zeigen, dass es um unsere Sicherheit schlecht bestellt ist. Terror und Kriminalität sind keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun“ (ebd.: 23). Dieses Zitat ist die Einleitung zum Kapitel „Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität“ (ebd.), wodurch sich erahnen lässt, dass unter „Ursachen“ lediglich „ausländische Kriminelle“ (ebd.) verstanden werden. Daher beschränken sich die Vorschläge der AfD, hauptsächlich mit Bezug zur Flüchtlingspolitik, auf überwiegend repressive Maßnahmen: Erleichterung der Ausweisung, Rücknahme der Einbürgerung bei Mitwirkung in Terrororganisationen, Vollstreckung im Ausland (ebd.), Verschärfungen des Jugendstrafrechts, bessere Fahndungsmöglichkeiten durch die Polizei z. B. durch „Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware“ (ebd.: 24), Ablehnung eines verschärften Waffenrechts (ebd.: 25). Unter der Überschrift „Sicherheit der Bürger verbessern“ (ebd.) fordert die AfD: „Auf Vorschlag der EU-Kommission hat das EU-Parlament in Reaktion auf die Terroranschläge von Paris im November 2015 die EU-Feuerwaffenrichtlinie geändert. Damit kommt es zu einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts. Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer, Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die illegalen Waffen, die für terroristische Anschläge benutzt werden, werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir ab. Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern“ (ebd.). Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen soll zum Verlust der deutschen Staatsangehörig-

keit führen (ebd.: 32). „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung [...] Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror radikalisieren. Auch die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden“ (ebd.: 34). Fazit: Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Ursachen von Extremismus und Terrorismus wird nicht von der AfD gesucht. Ihre Beschreibungen beinhalten Verallgemeinerungen, z. B. hinsichtlich der Radikalisierung von Muslimen. Die Partei zeichnet das Bild einer „Die-und-wir“-Politik. Es werden lediglich repressive Maßnahmen angeboten, die zumeist im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik stehen.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Auswertung zum parteipolitischen Umgang mit den Themen Rechtsextremismus und Terrorismus im Rahmen der Analyse der Bundestagswahlprogramme von 2002 bis 2017 bestätigt die Ergebnisse aus der Masterarbeit (vgl. Schüßler 2014; vgl. a. Kury/Schüßler 2018):

Die CDU stellt sich durchweg am punitivsten dar in ihren Forderungen. Immer wieder werden Einzelereignisse genommen, um die „ganze Härte des Gesetzes“ (CDU 2002: 47) zu demonstrieren. Befugnisse und Überwachungsmaßnahmen sollen ausgebaut, extremistische Organisationen verboten werden. Die Forderungen der CDU sind überwiegend repressiver Natur. Es werden Gesetzesanpassungen und Verschärfungen zulasten der Freiheit gefordert (vgl. CDU 2005). Erst 2009 wird an mehreren Stellen im Wahlprogramm (vgl. CDU 2009) die gesellschaftliche Verantwortung und Prävention angesprochen, mit dem Ziel, Menschen vor dem Abrutschen in Gewalt und Extremismus zu bewahren. Nichtsdestotrotz wird Extremismus als ein ubiquitäres Phänomen dargestellt, indem man schreibt „es [dürfe] in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben“ (ebd.: 81). Ein ähnliches Bild wird auch im Programm 2013 genutzt, indem die CDU (2013: 6) schreibt: „Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause, in Straßen, auf Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder bei Nacht ebenso wie auch angesichts der Gefahren, die zum Beispiel mit dem islamistischen Terrorismus verbunden sind“. Im Programm 2013 werden, wie schon 2009, neben den repressiven auch präventive Vorschläge gemacht. Die Partei will 2013 die „Angemessenheit und Wirksamkeit der Mittel (Anm.: damit sind vorwiegend repressive Maßnahmen gemeint) fortwährend [...] prüfen“ (ebd.: 71f.), was eine Wissenschaftlichkeit lediglich erahnen lässt. 2017 nimmt die CDU den Fall Amri als Beispiel, um u.a. Anti-Terror-Pakete und ein neues Musterpolizeigesetz zu begründen (vgl. CDU 2017: 60f.). Ein Diskurs über die Hintergründe von Extremismus findet bei der CDU kaum statt. Präventive Vorschläge werden mit zunehmenden Jahren häufiger gemacht, allerdings wirken die Maßnahmen hohl.

Die SPD folgt der CDU in ihren meist hoch punitiven Bestrebungen. Es werden ansatzweise präventive Lösungen vorgeschlagen. Wenn man dem Zitat „Nur wer entschlossen gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgeht, kann Freiheit und Demokratie garantieren“ (SPD 2002: 59) folgt, so müsste man ergo gegen Armut, Sozialisationsbedingungen und Bildungsdefizite vorgehen. In ihrem Programm 2002 zeigt sich, wie das Ereignis des 11. September 2001 dazu genutzt wird, um viele repressive Maßnahmen umzusetzen (vgl. ebd.: 62). 2005 zeichnet die SPD mit der Aussage „Rechtsextremismus ist [...] widerlich, aber nicht zu unterschätzen“ (SPD 2005: 50) ein Bild, das zu Assoziationen wie Ekel anregt und von der Annahme einer Normalität krimineller Phänomene in einer Gesellschaft weit entfernt ist. 2009 wird zum ersten Mal eine Art Wissenschaftlichkeit gefordert, indem man Terrorismusgesetze „auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen“ (SPD 2009: 71) will. Präventive Ansätze

werden 2009 konkreter und stärker mit Leben befüllt. Auch der Dialog findet mehr Raum. Wenn die SPD (2013: 99) schreibt, dass sie die „Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen (will)“, so schlägt sie dazu Bildung, Jugendarbeit und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen vor, und spezifiziert damit den Begriff der Prävention deutlich. Im Programm 2017 werden viele repressive Maßnahmen, wie Verschärfungen der Gesetze zur Bekämpfung von Gewalt und Terror oder stärkere Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raums gefordert (vgl. SPD 2017: 70). Aber auch vorbeugende Maßnahmen wie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Deradikalisierung finden ihren Weg ins Programm. Neu ist 2017, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund besser erfasst und ausgewertet werden sollen. Die Empfehlungen eines unabhängigen Expertenkreises sollen in die Präventionsarbeit einbezogen werden (vgl. SPD 2017: 71). Für die präventiven Maßnahmen will man langfristige Strukturen.

Die FDP wägt in allen Programmen zwischen Freiheit und Sicherheit ab, spontane Gesetzesänderungen, Überwachung und Kontrolle werden abgelehnt. Mit zunehmenden Jahren werden in den Programmen mehr Zugeständnisse gemacht. 2002 will man noch, dass Gesetze, die nach dem 11. September 2001 eingeführt wurden, überprüft und angepasst werden. Der Umfang an rechtsextremistischen Straftaten wird als „Besorgnis erregend“ (FDP 2002: 59) bezeichnet, ohne eine Erklärung, woher man diese Annahme hat. Die FDP setzt sich 2002 noch klar für Prävention im Sinne von Jugendarbeit, kulturellen Angeboten, politischer Bildung und sozialem Engagement ein (vgl. ebd.). In der Terrorismusbekämpfung setzt man 2005 vor allem auf friedliche Lösungen und Dialog, allerdings erscheinen auch militärische Mittel und der Datenaustausch legitim (vgl. FDP 2005). 2009 werden überwiegend präventive und langfristige Maßnahmen gefordert (vgl. FDP 2009). Auch wenn die FDP 2013 „mehr individuelle Freiheit“ (FDP 2013: 55) fordert und sie neue Sicherheitsgesetze ablehnt, so hat sie sich doch bei der Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes eingesetzt. Die FDP fordert 2013 vorwiegend präventive Lösungen, Zugeständnisse sind ersichtlich. Deradikalisierungsprogramme und Sicherheitsgesetze sollen evaluiert und überprüft werden (vgl. FDP 2013). 2017 wird dann die Funkzellenabfrage legitimiert sowie auch ein weltweiter Datenaustausch. Mehr Videoüberwachung wird von der FDP abgelehnt, aber ihr Einsatz wird damit begründet, dass sie zwar nicht vorbeugend, wohl aber in der Nachbereitung bzw. Aufklärung nützlich sei (FDP 2017: 42).

Die Grünen setzen in allen ihren Programmen auf Gewaltfreiheit und zeigen sich eher weniger punitiv. Eine gesellschaftliche Verantwortung wird auch im Dialog zwischen den Kulturen gesehen (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2002). In den Programmen von 2002 bis 2009 werden Atomreaktoren als mögliche Objekte für terroristische Anschläge identifiziert. Terrorismusgesetze sollen auf ihre Verhältnismäßigkeit bezüglich ihrer Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bewertet und ggf. wieder rückgängig gemacht werden (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2002: 70f.). Man betont immer wieder die Bedeutsamkeit einer aktiven demokratischen Gesellschaft und unterstützt Präventionsmaßnahmen. In ihrem Programm 2009 zeichnen die Grünen ein irreführendes Bild von Extremismus, indem man von „Zonen der Angst“ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2009: 149f.) spricht. Zunehmend werden neben den überwiegend präventiven auch punitivere Maßnahmen, wie eine schärfere Verfolgung von Tätern im Internet, gefordert (vgl. ebd.: 196). Der Umfang der Forderungen zu sicherheitspolitischen Aspekten nimmt im Wahlprogramm 2013 deutlich zu, Rechtsextremismus wird zum Teil überhöht dargestellt, indem man den Begriff der „Angst-Räume“ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2013: 212f.) verwendet. An vielen Stellen im Programm 2013 setzt man sich für eine wissenschaftliche Evaluation von Gesetzen und Maßnahmen ein. Im Programm 2017 wird die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit diskutiert. Wie auch in den vorherigen Programmen werden zwar friedfertige Lösungen und präventive Maßnahmen bevorzugt,

und die Ursachen von Terrorismus und Extremismus sollen bekämpft werden. Jedoch zeigt sich auch, dass deutlicher häufiger als in den vorherigen Programmen repressive Lösungen vorgeschlagen werden. Man scheut sich dennoch nicht vor einer vernünftigen Debatte und möchte Maßnahmen für Sicherheit auf den wissenschaftlichen Prüfstand heben (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2017).

Die PDS zeigt sich 2002 einerseits hoch punitiv im Umgang mit Extremismus und Terrorismus, man diskutiert andererseits aber auch mögliche Ursachen und präventive Maßnahmen, wie einen Dialog zwischen den Kulturen und den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung (vgl. DIE LINKE 2002). Um öffentliche Sicherheit zu garantieren, möchte die Linke die Ursachen für Straftaten erkennen und bekämpfen (DIE LINKE 2005: 23). Man spricht sich 2005 für das Verbot von Rüstungsexporten aus, schlägt ansonsten überwiegend friedliche Lösungen vor. 2009 wird vorgeschlagen, die „gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offen (zu) führen“ (DIE LINKE 2009: 47f.), Linksextremismus wird ausgeblendet. In ihrem Wahlprogramm 2013 nennt sich die Linke „Friedenspartei“ (DIE LINKE 2013: 6). Es werden gesellschaftliche Ursachen zur Sprache gebracht, die u.a. zu Rassismus führen können. Präventionsprogramme sollen dauerhaft gefördert werden. 2017 werden nur wenige konkrete Lösungen angeboten, eine wirksame Politik müsse an den Ursachen ansetzen. Eine Zunahme der Textstellen zu extremistischen Themen ist deutlich erkennbar. Linksextreme Verhaltensweisen werden, wie schon im Jahr 2013, verharmlost (vgl. DIE LINKE 2017).

Im Wahlprogramm der AfD 2017 ist keine wirkliche Auseinandersetzung mit den Hintergründen von Kriminalität und Extremismus erkennbar. Es werden lediglich repressive Maßnahmen angeboten, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik stehen (vgl. AfD 2017).

Eine hohe bzw. zunehmende Relevanz an sicherheitspolitischen Themen und Forderungen lässt sich bei allen Parteien feststellen. CDU und SPD bieten die wenigsten präventiven Strategien an. Die CDU fordert eine vorwiegend hoch punitive Bearbeitung der Themen Extremismus und Terrorismus. Die SPD bewegt sich eher im mittleren Bereich und diskutiert präventive und repressive Maßnahmen. Die Grünen gehen eher weniger punitiv vor, sprechen Ursachen an und bieten die meisten präventiven Maßnahmen. Obwohl Themen oft sehr ausführlich von den Grünen diskutiert werden und man sich oft in seinen Aussagen wiederholt, so fordert die Partei doch häufiger als die anderen untersuchten Parteien eine Wissenschaftlichkeit bei der Einführung und Überarbeitung von Gesetzen und Präventionsmaßnahmen. Die Linke diskutiert häufig mögliche Ursachen von Extremismus und bietet vorwiegend weniger punitive Lösungen an, verharmlost dabei jedoch, dass es auch linksextremistische Strömungen gibt.

7. Abschlussdiskussion

Die Fragen, denen man sich stellen muss, um herauszufinden, welche sicherheitspolitischen Maßnahmen in Bezug auf die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus notwendig sind, reichen weiter als nur der Blick auf die innenpolitische Lage. Hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung kann man sich sehr gut an folgenden Fragen orientieren (vgl. Frank 2002): Haben wir neue Risiken, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen? Hat sich die sicherheitspolitische Lage seit dem 11. September 2001 verändert? Wie können politische Konsequenzen aussehen?

Destabilisierte Regionen, Konflikte und Unruhen auf der ganzen Welt sowie der Kampf um Ressourcen bergen die Gefahr, dass sie Auswirkungen, auch auf Deutschland haben, „die von massiven Migrationsbewegungen bis hin zum Einsatz nuklearer, biologischer und chemischer

Waffen reichen können“ (Frank 2002: 298). Damit handelt es sich um „Konflikte, die sich weitgehend zwischen staatlichen Akteuren abspielen und damit eher den vertrauten, den klassischen Risiken zuzuordnen sind“ (ebd.). Das Neue daran ist, dass nun „mehr oder minder eng zusammenarbeitende Gruppen, zusammengesetzt aus Angehörigen unterschiedlicher Nationalitäten, ohne klare Zuordnung zu einem Staat oder einer Regierung oder einer politischen Kraft, [...] offene Schläge gegen einen Staat (führen). Nicht um damit ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen, nicht um zu erpressen, sondern als ‚Krieg‘“ (ebd.). Dies hat zu einer Verunsicherung und Aufruhr in der Öffentlichkeit geführt. Für die Politik ist es wichtig, die bekannten Risiken nicht zu vernachlässigen. Das „Spektrum der Risiken (habe sich) nicht verändert, sondern nur erweitert. Zu den klassischen Risiken ist die Gefährdung durch terroristische Angriffe hinzugetreten“ (ebd.: 299). Politische Konsequenzen, die daraus folgen müssten, wäre eine weitere Zusammenarbeit mit den USA, bei der die „politisch-strategische Partnerschaft“ (ebd.: 300) ausgeformt und attraktiv gestaltet wird, Deutschland und Europa müssen sich auf ihre eigenen Ressourcen besinnen und Verantwortung übernehmen. Dazu muss man auch „vor der eigenen Haustür kehren“ und die Probleme bewältigen, die sich aus der europäischen Union ergeben haben. Zusammen mit der NATO muss man nach einer „präventiven, konfliktverhindernden oder konflikteindämmenden Strategie“ (ebd.: 301) suchen, damit sich die unruhigen Gebiete wieder stabilisieren. Was das militärische Vorgehen betrifft, muss man hier besonnen agieren, es sollte vorwiegend der Abschreckung und Abhaltung von Krieg dienen. Ein militärischer Ansatz könne „möglicherweise das Gegenteil (der Intention) bewirken und der Gegenseite noch zum Erfolg verhelfen“ (ebd.: 304). Der Schutz der Gesellschaft müsste durch Absicherung der Lebensgrundlagen und der Infrastruktur erfolgen, wozu man Angriffs- und Verwundbarkeitspunkte identifizieren und Gegenmaßnahmen planen müsste. In Zukunft müsse man innere und äußere Sicherheit zusammen denken. In Anlehnung an die Forderungen von Frank (2002: 307) gegenüber terroristischen Bedrohungen sieht die Autorin folgende politische Konsequenzen als effizient an: Die Gruppen, die eine Gefahr darstellen, terroristische und extremistische Taten zu begehen, müssen beobachtet werden. Um sich auf solche Ereignisse besser einzustellen, müssen Notfallpläne im Umgang mit terroristischen oder extremistischen Aktivitäten erstellt werden, also „Routinen für das Verhalten bei Anschlägen“ (ebd.). Des Weiteren müssen sich Experten fortlaufend mit dem Thema beschäftigen, sich über den Stand der Bedrohungen informieren, neue Gefahren und Angriffsziele identifizieren und effiziente Abwehrmöglichkeiten erarbeiten. Dabei sollte kriminologisch-wissenschaftliches Wissen eine entscheidende Säule in der Bearbeitung der Themen darstellen.

Sicherheitspolitik ist als ein langfristig angelegter und umfassender Prozess zu sehen (ebd.: 308f.): „Daraus ergibt sich, dass Sicherheitspolitik heute umfassend zu verstehen ist. Sie schließt neben den militärischen Faktoren Fragen der Wirtschaft, des Handels, der Finanzen, der Gesundheit und Ernährung, der Umwelt, der Ressourcen und der gesellschaftlichen Entwicklungen ein. Diese Art von Sicherheitspolitik ist zugleich der wichtigste Schritt gegen den Terrorismus, in dem er den Nährboden austrocknet, auf dem er jetzt so spektakulär gedeiht. Allerdings auch derjenige, der am längsten dauert und die größte Bündelung gemeinsamer Anstrengungen erfordert. [...] Im nationalen Bereich sind dazu zuerst einmal die eigenen Interessen festzulegen. Es ist schon verwunderlich, dass diese nirgendwo definiert, geschweige denn niedergeschrieben sind wie es bei anderen Nationen ganz selbstverständlich der Fall ist. Auch gilt es, die Koordination zwischen den betroffenen Politikbereichen zu verbessern“ (ebd.: 308f.).

Seit den 1970er Jahren wurden diverse Gesetze für eine erfolgreiche Bekämpfung von Terrorismus eingeführt: „Im August 1976 wurde der § 129a StGB – Bildung einer terroristischen Vereinigung – neu eingeführt. Er erlaubt die strafrechtliche Verfolgung von Rädelsführern,

Mitgliedern und Unterstützern terroristischer Vereinigungen auch ohne Nachweis der individuellen Beteiligung an Einzelstraftaten. Daneben eröffnet die Einfügung des § 129a StGB in den Katalog des 100a StPO (Telefonüberwachung), des § 111 StPO (Kontrollstellen) und anderer strafprozessualer Maßnahmen die Nutzung dieser Ermittlungsinstrumente bei terroristischen Straftaten. Im Jahr 1978 wurde nach den Erfahrungen aus der Schleyer-Entführung der § 103 StPO neu gefasst. Er ermöglicht die Suche nach konspirativen Wohnungen in „Großwohnanlagen“ (Klink 2002: 363). 1986 wurde zudem § 129a StGB um die Eingriffe in Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr und die Störung öffentlicher Betriebe erweitert, die Befugnisse wurden auf ausländische Terrorgruppen ausgeweitet. Seit 1987 ist das „Sammeln von neutralen Daten“ (ebd.), wie z. B. in Rasterfahndungen gesetzlich erlaubt. 1990 wurde eine Kronzeugenregelung geschaffen, die dazu führen sollte, dass die Strafe für terroristische Gewalttäter gemindert oder ganz von der Strafverfolgung abgesehen wurde, wenn durch die Aussagen aufgeklärt oder zukünftige Taten verhindert wurden. Diese Regelung wurde mittlerweile wieder abgeschafft. Im linken politischen Spektrum wird immer wieder die Abschaffung des § 129a StGB gefordert, „teilweise wird behauptet, die Vorschriften dienen der ‚Kriminalisierung politischen Widerstandes‘ und führen erst dazu, junge Menschen in die Nähe terroristischer Gruppierungen zu treiben“ (ebd.: 364). Am 01.01.2002 sind „einige Vorschriften in Kraft getreten, die es den Sicherheitsbehörden ermöglichen sollen, auf die veränderte Bedrohungslage angemessen zu reagieren. Kernbereiche der neuen Regelungen sind die Vorschriften über einen verbesserten Datenaustausch der Behörden sowie ausländerrechtliche Vorschriften, die die Einreise terroristischer Gewalttäter verhindern bzw. ihre Identifizierung ermöglichen sollen“ (ebd.: 365).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus das geflügelte Wort von Francis Bacon „Wissen ist Macht“ zentral ist. Um die Phänomene Extremismus und Terrorismus effizient zu bekämpfen, muss das Wissen darüber gebündelt und zusammengefügt werden (vgl. Klink 2002). Es muss Absprachen zwischen den Akteuren und gemeinsame, auch mit der Wissenschaft abgestimmte Handlungen geben. „Erfolge [...] wurden immer auch durch die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit der Bevölkerung erzielt, die für die Ideologie der Täter keinerlei Verständnis aufbrachte, sondern sich angesichts der Bedrohung hinter Polizei und Justiz stellte“ (ebd.: 370). Zur Austrocknung des Terrorismus schlägt Klink (2002: 379) „die Unterbrechung der Finanzströme, die Verhinderung der Weitergabe von Waffen und Sprengstoffen, sowie die Aufsicht der demokratischen Staaten über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Die Vorgänge in Afghanistan zeigen, dass jede Ausrüstung von Krisenregionen mit Waffen konsequent unterbleiben muss und dass sich vermeintliche politische Vorteile sehr bald in terroristische Gefahren umkehren können. Organisationen, die den Terrorismus fördern, müssen konsequent verfolgt werden. Staaten, die weiterhin den Terrorismus unterstützen, müssen international isoliert werden“ (ebd.).

Auf die Politik bezogen bedeutet das, dass die Sorgen der Bürger ernstgenommen werden müssen und man in einen aufrichtigen Dialog gehen muss, bei dem eine langfristige, auf Prävention angelegte Lösungsfindung anvisiert wird. Politische Parteien müssen den Bürgern transparente und objektive Hintergrundinformationen liefern und besonnen mit Einzelereignissen umgehen. Dazu können vorab erstellte Notfallpläne dienlich sein. Wenn es in einer Schule brennt, überlegt man ja auch nicht erst, wohin man flüchtet, wenn das Feuer schon ausgebrochen ist, sondern in der Schule hängt ein Plan aus, der allen Sicherheit gibt, im Fall eines Feuers das Richtige zu tun und nicht über zu reagieren. Für einen solchen Plan ist es wichtig, das Wissen und die Kompetenzen aller beteiligten Institutionen zu bündeln und sich gemeinsam auf ein Vorgehen zu verständigen, das wissenschaftlichen Maßstäben entspricht und effektive, langfristige Strategien im Blick hat. Dabei dürfen Einzelereignisse nicht der Maßstab sein und zu immer neuen (Straf-)Verschärfungen führen. Politiker dürfen ihren Wäh-

lern keine Maßnahmen „verkaufen“, die unnötig die Freiheit vieler Menschen einschränken, ohne tatsächlich ein Mehr an Sicherheit zu gewährleisten. Dies ist m. E. nach der schwierigste Punkt, da die Arbeitszeit von Politikern nur auf die Regierungsperiode beschränkt ist und man sich eher mit kurzfristigen Lösungen profilieren will.

Da es sich bei der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus um ein gesellschaftliches Problem handelt, sind deren Mitglieder „aufgefordert, die Voraussetzungen für die Grundauffassung zu schaffen, dass Gewalt – weder gegen Sachen noch Personen – kein Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele in einer Demokratie sein kann. [...] Terrorismusbekämpfung setzt an Extremismusbekämpfung an. Terroristische Karrieren entwickeln sich in aller Regel aus extremistischen Zusammenhängen heraus“ (Klink 2002: 362). Wie in vielen Wahlprogrammen angesprochen, spielt Prävention eine entscheidende Rolle. Repressive Maßnahmen gibt es ausreichend und können in den entsprechenden Fällen angewendet werden.

Die politischen Parteien sollten bei der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung als Vorbild vorangehen, indem sie die Werte, die sie von den Bürgern einfordern auch selbst umsetzen, objektive Informationen liefern und sich nicht mit Schnellschüssen profilieren.

Literatur

- Backes, U. (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Backes, U./Jesse, E. (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Propyläen Verlag.
- Däubler, T. (2012): Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 22. Jahrgang (2012) Heft 3, 333 – 365
- Frank, H. (2002): Internationaler Terrorismus: Verändern sich die sicherheitspolitischen Konstanten?, In: Frank, H./Hirschmann, K. (Hrsg.) (2002): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin: Verlag Arno Spitz GmbH, 295 - 310
- Hassemer, W. (2009): Warum Strafe sein muss. Ein Plädoyer, Berlin: Ullstein.
- Jesse, E. (2002): Extremismus. Bundeszentrale für politische Bildung.
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41896/extremismus> [11.06.2018]
- Klingemann, H.-D./Hofferbert, R. I./ Budge, I. (Hrsg.) (1994): Parties, Policies, and Democracy. Boulder: Westview Press.
- Klink, M. (2002): Innere Sicherheit – Nationale und internationale Strategien zur polizeilichen Bekämpfung des Terrorismus. In: Frank, H./Hirschmann, K. (Hrsg.) (2002): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin: Verlag Arno Spitz GmbH, 359 - 380
- Kury, H./Kania, H./Oberfell-Fuchs, J. (2004): Worüber sprechen wir, wenn wir über Punitivität sprechen? Versuch einer konzeptionellen und empirischen Begriffsbestimmung. Kriminologisches Journal, 8. Beiheft, 51-88.
- Kury, H./Schübler, J. (2018): Der Umgang mit Kriminalität auf parteipolitischer Ebene – Eine Auswertung von Wahlprogrammen. Zur Veröff. eingereicht.
- Lautmann, R./Klimke, D./Sack, F. (Hrsg.)(2004a): Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag.
- Lautmann, R./ Klimke, D./Sack, F. (2004b): Vorwort. In: Lautmann, R./Klimke, D./ Sack, F. (Hrsg.): Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag, 3-8.
- Maurer, M. (2009): Wissensvermittlung in der Mediendemokratie. Wie Medien und politische Akteure die Inhalte von Wahlprogrammen kommunizieren. In: Marcinkowski, F./Pfetsch, B. (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden, 151 - 173.
- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken, Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Merz, N./Regel, S. (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2013): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 210 – 238

- Pfahl-Traugber, A. (2014): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- R+V-Versicherung (2017): R+V-Studie „Die Ängste der Deutschen 2017“. <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2017/grafiken/RV-Aengste-2017-Grafiken.pdf> [10.06.2018]
- Sack, F. (2004): Wie die Kriminalpolitik dem Staat aufhilft. Governing through Crime als neue politische Strategie. In: Lautmann, R./ Klimke, D./ Sack, F. (Hrsg.): Punitivität. Kriminologisches Journal 36, 8. Beiheft, Weinheim: Juventa Verlag, 30-50.
- Schellenberg, B. (2014): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schübler, J. (2014): Kriminalität als Mittel zur Herrschaftssicherung – Am Beispiel der Bundestagswahlprogramme von 2002 bis 2013, Unveröff. Masterarbeit, Universität Hamburg: Institut für Kriminologische Sozialforschung.
- StMI (2017): Extremismus und Terrorismus. Bayrisches Staatsministerium des Innern und für Integration, München. <https://www.stmi.bayern.de/sus/inneresicherheit/extremismusundterrorismus/index.php> [11.06.2018]
- Virchow, F./Langebach, M./Häusler, A. (Hrsg.) (2016): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Waldmann, P. (2002): Terrorismus als weltweites Phänomen: Eine Einführung. In: Frank, H./Hirschmann, K. (Hrsg.) (2002): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin: Verlag Arno Spitz GmbH, 11 - 26
- Wilson, Q./Kelling, G. L. (1982): Broken Windows. The police and neighborhood safety. https://www.manhattan-institute.org/pdf/_atlantic_monthly-broken_windows.pdf [10.06.2018]
- Zwiener, U./Kodalle, K.-M./Frindte, W. (2003): Extremismus – Gewalt – Terrorismus. Hintergründe und Handlungskonsequenzen, Jena und Erlangen: Collegium Europaeum Jenense.

Bundestagswahlprogramme:

- AfD (2017): PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Berlin. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf [16.08.2017]
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2002): Grün wirkt! Unser Wahlprogramm 2002 – 2006. Bündnis 90/Die Grünen, Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2002_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf [30.05.2018]
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2005): EINES FÜR ALLE: DAS GRÜNE WAHLPROGRAMM 2005. Bündnis 90/Die Grünen, Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2005_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf [30.05.2018]
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2009): DER GRÜNE NEUE GESELLSCHAFTSVERTRAG. Bündnis 90/Die Grünen, Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/2009_Wahlprogramm_Bundestagswahl.pdf [30.05.2018]
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2013): ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL. TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN. Bundestagswahlprogramm 2013 von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf [30.05.2018]
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017. Bündnis 90/Die Grünen, Berlin. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf [30.05.2018]
- CDU (2002): Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002/2006 von CDU und CSU, CDU Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Berlin.

- http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2002-2006_Regierungsprogramm_Leistung-und-Sicherheit.pdf [30.05.2018]
- CDU (2005): Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005 – 2009. Bundesvorstand der CDU und des Parteivorstands der CSU, Berlin.
http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2005-2009_Regierungsprogramm_Deutschlands-Chancen-nutzen_Wachstum-Arbeit-Sicherheit.pdf [30.05.2018]
- CDU (2009): Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009 – 2013. Bundesvorstand der CDU und des Parteivorstandes der CSU, Berlin.
https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=546 [30.05.2018]
- CDU (2013): Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 – 2017. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf> [30.05.2018]
- CDU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerecht leben. Regierungsprogramm 2017 – 2021.
https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932 [30.05.2018]
- DIE LINKE (2009): Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009, DIE LINKE, Berlin. <https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/wahlprogramme/bundestagswahlprogramm2009.pdf> [30.05.2018]
- DIE LINKE (2013): 100% SOZIAL. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, DIE LINKE, Dresden. https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/DIE_LINKE-Wahlprogramm_2013.pdf [30.05.2018]
- DIE LINKE (2017): SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE. Die Zukunft, für die wir kämpfen! Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017, DIE LINKE, Hannover.
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf [30.05.2018]
- FDP (2002): Bürgerprogramm 2002. Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002. Bundesgeschäftsstelle, Berlin, Mannheim. <https://www.fdp.de/files/653/Buergerprogramm2002i.pdf> [30.05.2018]
- FDP (2005): Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005. Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
<https://www.fdp.de/files/653/fdp-wahlprogramm.pdf> [30.05.2018]
- FDP (2009): Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009, Hannover.
https://www.fdp.de/files/565/Deutschlandprogramm09_Endfassung.pdf [30.05.2018]
- FDP (2013): Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt. Nur mit uns. Freie Demokratische Partei. Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
https://www.fdp.de/files/565/B_rgerprogramm_A5_Online-Fassung.pdf [30.05.2018]
- FDP (2017): DENKEN WIR NEU. DAS PROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017: „SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU.“, Freie Demokraten (FDP), FDP-Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf> [30.05.2018]
- PDS (2002): Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002, Rostock. <http://www.glasnost.de/docs02/2002-PDS-wahlprogramm.pdf> [30.05.2018]
- SPD (2002): Erneuerung und Zusammenarbeit. Regierungsprogramm 2002 – 2006. Wir in Deutschland. SPD-Parteivorstand, Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/a02-03539.pdf> [30.05.2018]
- SPD (2005): Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD. SPD-Parteivorstand, Berlin.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/wahlmanifest_bundesparteitag_berlin_2005.pdf [30.05.2018]

- SPD (2009): Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD. SPD- Parteivorstand, Berlin.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/regierungsprogramm_bundesparteitag_berlin_2009.pdf [30.05.2018]
- SPD (2013): DAS WIR ENTSCHEIDET. Das Regierungsprogramm 2013 – 2017. SPD-Parteivorstand, Berlin.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf [30.05.2018]
- SPD (2017): Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland. SPD-Parteivorstand, Berlin.
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungsprogramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf [30.05.2018]